

Editorial**50 Jahre SOFI****Berthold Vogel**

50 Jahre SOFI Göttingen – ein guter Grund zum Feiern! Ende Mai kamen aktuelle und ehemalige Kolleg/innen, Freund/innen sowie zahlreiche Repräsentant/innen aus Wissenschaft, Politik, Verbänden und Unternehmen zusammen, um das Institutsjubiläum mit einer Feierstunde zu begehen und um im Rahmen einer Fachtagung über die drängende Frage einer zunehmenden Spaltung der Gesellschaft zu diskutieren. Zu Beginn der Tagung in den schönen Räumen des neuen Tagungszentrums der Georg-August-Universität am Wilhelmsplatz standen der Rückblick auf die Institutsgeschichte, der Ausblick auf Anforderungen an Sozialforschung heute und morgen, aber auch das Gedenken an Martin Baethge, langjähriger Präsident und Direktor des SOFI, der zu Beginn des Jahres überraschend verstorben ist.

Die vorliegende Ausgabe der Mitteilungen aus dem SOFI resümiert das Jubiläum, dokumentiert die Beiträge der Eröffnungsveranstaltung und fasst die Vorträge und Diskussionen der Panels zusammen. Darüber hinaus finden sich in der aktuellen Ausgabe der Mitteilungen weitere Tagungsberichte mit SOFI-Beteiligung und eine Reihe von Ankündigungen sowie Berichten zu neuen SOFI-Projekten. Sowohl die dort skizzierten Forschungsvorhaben als auch die Beiträge des Instituts zum diesjährigen Soziologiekongress in Göttingen unterstreichen einmal mehr, dass das SOFI auch im 51. Jahr seines Bestehens ein lebendiger Ort sozialwissenschaftlicher Forschung bleibt. Wir wünschen allen Leser/innen eine anregende Lektüre. Bleiben Sie uns verbunden!

Inhalt**SOFI-Jubiläum**

- 2 Rückblick auf die Institutsgründung. Was wollte das SOFI 1968?
- 6 Das SOFI: Kontinuitäten und Aufbruch. Was Sozialforschung heute leisten muss!
- 9 SOFI und Universität. Produktive Verbindung zweier Welten
- 13 Polarisierung(en). Zur Zukunft von Arbeit, Unternehmen und Gesellschaft
 - 13 Panel 1: Arbeit in und an der Digitalisierung
 - 17 Panel 2: Polarisierung(en) durch prekäre Arbeit?
 - 21 Panel 3: Polarisierungen der Lebensverhältnisse
- 24 Hommage an Martin Baethge. Geschichte und Zukunft der Bildungsforschung

Tagungsbericht DEVENT

- 26 Teilhabechancen und berufliche Entwicklung abhängig Beschäftigter

Projektstarts

- 27 Staterhalt in der „sozialen Mitte“
- 28 Bildungsverläufe und betriebliche Gatekeepingprozesse

- 29 ‚Neue‘ Digitalisierung im Finanzdienstleistungssektor?
- 31 Die deutsche Hafenwirtschaft – eine Branche im Umbruch

Neuerscheinungen

- 32 Capitalism and Labor
- 32 Workers' Movements and Strikes in the Twenty-First Century
- 33 Kollaborative Innovationen
- 33 Auf dem Weg in den Handel 4.0?
- 34 Ländermonitor berufliche Bildung 2017
- 34 Wahrnehmung der eigenen Prekarität

Veröffentlichungen von SOFI-Mitarbeiter/innen**Neues aus dem SOFI**

- 39 Veranstaltungshinweis LABOR.A 2018
- 39 Personalia
- 40 Das SOFI beim 39. Kongress der Deutschen Gesellschaft für Soziologie

39 Impressum

Rückblick auf die Institutsgründung

Was wollte das SOFI 1968?



Michael Schumann

Bevor Berthold Vogel und Nicole Mayer-Ahuja den Blick nach vorne richten und Zukunftsperspektiven des SOFI vorstellen bin ich zuständig für den „Rückblick“ auf die Institutsgründung. Diese Rolle fiel mir zu mit doppelter Begründung: Heute bin ich der Institutsälteste und Senior, damals war ich einer der Hauptakteure und Gründungsdirektor. Die Geschichte vom Aufbau des Instituts habe ich bereits zum 25-jährigen Jubiläum erzählt. Sie ist nachzulesen. Und in meiner letzten Zusammenarbeit mit Martin Baethge haben wir in einem gerade erschienenen Handbuch-Aufsatz zur „Geschichte der deutschsprachigen Soziologie“ die 50 Jahre-SOFI-Story detailliert rekonstruiert.

Für den heutigen Anlass finde ich deswegen eine andere Akzentsetzung spannender. Das Institut hatte immer wissenschaftliche und politische Ambitionen. Wenn wir in diesem Jahr zeitgleich die 50-jährige Wiederkehr der 68er-Studentenrevolte und unsere Institutsgründung feiern, stellt sich die Frage: Gab es da einen Zusammenhang? Ohne jede Anmaßung sei deswegen überprüft: Verbirgt sich hinter dem übereinstimmenden Datum mehr als eine historische Zufälligkeit?

Meine Antwort lautet: Ja! Allerdings kann von einem zwingenden Zusammenhang keine Rede sein. Der Initiativkreis der Institutsgründer repräsentierte keine 68er. Wir waren die Vor-Generation. Wir waren an Jahren etwas älter und hatten bereits unsere ersten po-

litik stark gemacht und sind dafür mit dem Rauswurf aus der Partei bestraft worden. Dabei haben wir die Mühen der politischen Ebene kennengelernt. Es ging damals, durchaus gefördert von SPD-Freunden wie Hans Matthöfer und Peter von Oertzen und mit Rücken-deckung durch Otto Brenner und die IG Metall – übrigens der identische Kreis, der später auch die Institutsgründung unterstützte – um die Suche nach einem „dritten Weg“. Unsere Haltung war gekennzeichnet durch beides: Antikapitalismus und Anti-Sowjetkommunismus. Für unsere wissenschaftliche und politische Haltung war die Frankfurter Schule prägend.

Mein Versuch, die Institutsgeschichte in einen Zusammenhang mit der politischen Bewegung der 68er zu stellen,

thematischen Bezug auf die „Arbeiterklasse“.

Gemeinsamkeiten mit den 68ern

Um die politischen Gemeinsamkeiten mit den 68ern zu erkennen, muss man sich vom mikroskopischen Jahresblick lösen. Historiker sprechen zu Recht von den „langen 60er-Jahren“. Einige Stichworte zum zeitdiagnostischen Rückblick auf Deutschland in diesen Jahren:

Die Endfünfziger und frühen 1960er-Jahre gelten als Höhepunkt des „goldenen Zeitalters“ des Kapitalismus. Eine Zeit nicht nur ungestümer wirtschaftlicher Rekonstruktion, sondern auch beschleunigter sozialer Moderni-



Michael Schumann (Mitbegründer und Senior Präsident des SOFI)



kpw-photo.com

litischen Erfahrungen und auch Niederlagen hinter uns. Unsere politische Formationsphase lag im SDS, dem Sozialistischen deutschen Studentenbund, Ende der 50er-Jahre. Wir hatten uns in der SPD für eine sozialistische

soll zeigen: In den durchaus eigenständigen Erzählungen des Instituts und der 68er gibt es zwei interessante Schnittstellen. Zum einen geht es um eine gemeinsame politisch gesellschaftliche Vorgeschichte. Zum anderen um den

sierung. Eine Zeit aber auch, in der sich die Legitimationsressourcen des restaurativen Nachkriegsstaats erschöpften. Das Ende des Beschweigens der NS-Vergangenheit war angesagt. Fritz Bauer erkämpfte in Frankfurt den

ersten größeren Ausschwitz-Prozess. Gegen die staatliche Anmaßung in der sogenannten „Spiegelaffäre“ wagte der Frankfurter SDS die erste nicht angemeldete Demonstration und marschierte bei Rot über die Straßen von der Hauptwache zum Opernplatz. International mobilisierte der Vietnamkrieg das politische Unrechtsbewusstsein. Das Gefühl, Widerstand leisten zu müssen und etwas bewegen zu können, griff Raum. Geschichte schien aus einer versteinerten Phase herauszutreten. Kulturelle Öffnung war angesagt, Autoritäten wurden hinterfragt, auch, aber nicht nur an den Universitäten. Es ging um mehr Demokratie mit Emanzipationsspektive. Die Linke hatte nichts Geringeres im Auge als eine ganz andere Gesellschaft – „eine bessere Welt“. Die SOFI-Gründer ebenso wie später die 68er atmeten diese Luft: die der Kapitalismuskritik und der Transformationsperspektive.

Die Institutsgründung erfolgte in diesem Geist. Nicht wie die 68er im Sinne der Revolte als voluntaristischem Revolutionsimport. Uns ging es um Wissenschaft. Wir suchten präzise Einsichten zum Thema „Zukunft der Arbeit“, „Zukunft der Gesellschaft“ und „Zukunft des Kapitalismus“. Grundlagenforschung im Sinne kritischer Industriegesellschaft sollte politische Praxis fundieren. Wir blieben also durchaus politisch

Thematische Beschäftigung mit der „Arbeiterklasse“

Die zweite Schnittstelle zwischen SOFI und den 68ern war die thematische Beschäftigung mit der „Arbeiterklasse“. Sie ergab sich durch einen grundlegenden Wandel der Studentenrevolte zwischen '67 und '69. Rudi Schmidt hat ihn in jüngster Zeit gut herausgearbeitet: den Wandel einer zunächst antiautoritären Revolte in eine sozialistisch inspirierte Bewegung, in der Hoffnung auf einen Zusammenschluss mit dem Proletariat. Den zeitgeschichtlichen Hintergrund bildeten die Auseinandersetzungen bei FIAT in Turin, die bereits vor 1968 begonnen hatten und ihren Kulminationspunkt im „Heißen Herbst“ 1969 haben sollten. Das „Epizentrum“ (wie Hobsbawm es nannte) war jedoch der Pariser Mai 1968, d. h. der Generalstreik mit acht bis zehn Millionen Teilnehmern, mehrheitlich Arbeitern.

Die Rezeption dieser Geschehnisse führte bei den 68ern zu einer politischen Perspektivverschiebung, der auch eine theoretische folgte. Für die Aufbruchphase der Studentenbewegung gab die kritische Theorie von Horkheimer und Adorno die bestimmende Orientierung. Da ging es um Ideologiekritik und Subjektemanzipation. Für die neue Phase wurde eine eher orthodox rezipierte marxistische Theorie bestimmend. Das

Suche nach neuen Bündnispartnern. Jetzt wurde schließlich von einer Weltrevolution geträumt! Während in der Aufbruchphase die Mobilisierung von Studenten im Zentrum stand, erweitert allenfalls durch die von Marcuse und Gorz offerierten Randgruppen der Marginalisierten, ging es nun um die Aktivierung der „Arbeiterklasse“. Mit ihr sollte das wirkmächtige Subjekt zur Überwindung des Kapitalismus in die Bewegung eingebunden werden.

Mit dieser Umorientierung der Studentenbewegung trat eine Phase ein, in der die Forschungen des SOFI unmittelbar interessant wurden für die 68er. Denn die Frage nach dem Zustand der Arbeiterklasse und der Perspektive der Arbeiterbewegung stand als wissenschaftliche wie politische auch für die Institutsgründer im Zentrum. Auch wir fragten: Was bleibt von der Arbeiterschaft als – jedenfalls in der Theorie zugeordneten – historischem Subjekt gesellschaftlichen Wandels?

Fundierte Empirie statt einfacher Botschaften

Zwei der Initiatoren des SOFI hatten im Vorlauf der Institutsgründung Gelegenheit, mit einer eigenen empirischen Arbeit zu diesen Fragestellungen Vorleistungen zu erbringen. 1964 hatte Hans Paul Bahrdt, Ordinarius in Göttingen



Thorben Albrecht (SPD-Bundesgeschäftsführer), Ulrike Beisiegel (Präsidentin der Universität Göttingen), Klaus Dörre (Universität Jena)



auf Distanz zum spontanen Aufbegehren der studentischen Akteure. Im kritischen Gesellschaftsverständnis aber waren wir durchaus verwandt mit den 68ern, nur: Wir entschieden uns für andere politische Umsetzungen.

heißt, jetzt ging es um die Produktionsverhältnisse, die Industriearbeit und die Arbeiterklasse.

Dieser Schwenk war bei den Aktivisten der Bewegung gegründet durch die

und unser Mentor an der Universität, eine vom Wirtschaftsministerium finanzierte große empirische Untersuchung übernommen. Erkenntnisinteresse: Welche Beschäftigungs- und Arbeitswirkungen könnte die erste, aus den

USA importierte Phase der Automation für Deutschland haben? Was war zu erwarten: eher Hoffnungen auf eine von Arbeitsleid befreite Industriearbeit oder wachsende Freisetzungen und steigende Gefahren von Massenarbeitslosigkeit? Die damalige Unsicherheit in Gesellschaft und Politik war ähnlich groß und kontrovers wie wir sie aktuell in den Debatten um die Digitalisierung erleben. Bahrndt heuerte Horst Kern und mich als Forscher an und wir bekamen damit Gelegenheit, auch unsere politischen Fragen anzugehen: Wie verbürgerlicht oder kapitalismuskritisch sind die Arbeiter? Sind sie Bündnispartner für systemoppositionelle Politik?

Unsere Befunde leisteten vor allem Ideologiekritik. Sie enttäuschten sowohl das rechte wie das linke Lager. Der von Helmut Schelsky verbreiteten These einer „nivellierten Mittelstandsgesellschaft“ jenseits von Klasseninteressen und Mentalitäten widersprachen unsere Ergebnisse diametral. Technischer Fortschritt auch in der Phase der ersten Automation führte nur für Minderheiten zu substantiell verbesserten, qualifikatorisch aufgewerteten Arbeitssituationen. Für die Mehrheit war zum Teil sogar erhöhtes Arbeitsleid bestimmend. Die Hoffnungen, dass der technische Fortschritt mit sozialem Fortschritt identisch daherkomme, wurden enttäuscht.

politisch-gesellschaftlichen Denken also nicht verbürgerlicht. Aber an ihre, ihr in der Theorie zugedachte historische Mission als revolutionäres Subjekt bei der Überwindung des Kapitalismus dachten die Arbeiter, wie Klaus Peter Wittemann später drastisch formulierte, „nicht einmal im Traum“. Unser Befund: Erfahrenes Arbeitsleid ist nicht gleichzusetzen mit kritischem Bewusstsein. Eher dominierte politisches Desinteresse und wenig Bereitschaft zum Engagement.

Diese Befunde wurden von den Protagonisten der Studentenbewegung einerseits breit rezipiert. Mehrere Auflagen unseres Buches „Industriearbeit und Arbeiterbewußtsein“ und einige Raubdrucke stehen dafür. Unsere Ergebnisse boten schließlich Einblick in die den meisten sonst unbekannte Welt der Arbeit. Andererseits ernteten wir von eben diesen Protagonisten der Studentenbewegung mehrheitlich starke Kritik. Unsere Befunde widersprachen zu deutlich ihrem Wunschbild vom Arbeiter als zu aktivierenden Verbündeten. Sebastian Herkommer ver sah deswegen unsere Forschung mit dem Etikett „Das Elend der Industrie-soziologie“. Festzuhalten ist wohl: Die Ergebnisse unserer Forschung stellten eine Art Kontrapunkt dar gegen alle einsetzenden Mythologisierung der Arbeiter.

Arbeitsverhältnissen war das nicht möglich. Eine Institutsgründung versprach kontinuierliche Forschung und erleichterte Mittelakquise – mit erweiterten personellen Ressourcen.

Noch im Startjahr des Instituts schienen unsere politischen Einschätzungen durch die sogenannten „Septemberstreiks“ in Frage gestellt zu werden. Denn 1969 kam es zu wilden Streiks in der Metallindustrie. Stand dieses Verhalten nicht im Widerspruch zu unseren „Apathie“-Befunden? In der dazu durchgeführten SOFI-Studie konnten wir nachweisen, dass diese Streikbewegung über das Aufbegehren gegen eine als besonders ungerecht empfundene Lohnzurückhaltung nicht hinauswies. Weiterreichende Politisierungserwartungen wurden damit nicht bestätigt.

Spätestens zu diesem Zeitpunkt trennten sich die Erzählungen über das SOFI und die über die Studentenbewegung. Die „langen 60er-Jahre“ endeten. Über das politische Ende der Studentenrevolte ist, gerade im Jubiläumsjahr, genug geschrieben worden. Deswegen beschränke ich mich auf die Frage, wie das SOFI in den folgenden Jahren seinen über die Wissenschaftsproduktion hinausweisenden politischen Anspruch umzusetzen versuchte.



kpw-photo.com

Aber gleichzeitig brachten wir auch für die Linke keine hoffnungsvolle Botschaft. Zwar verortete sich die Mehrzahl der Arbeiter weiterhin in einer betrieblichen und gesellschaftlichen Unten-Position, war in ihrem

Für die Erzählung des SOFI ergab sich als Schlussfolgerung: Es gab noch viele offene Forschungsfragen. Wir müssen die begonnene Arbeit verbreitern und vertiefen. Angebunden an einen Lehrstuhl und damit in zeitbefristeten

Humanisierung der Arbeit

Die SOFI-Forschung wurde Teil eines – nennen wir es beim Namen: Reformismus. Das Programm „Humanisierung der Arbeit“, vom

Bundes-Wissenschaftsministerium betrieben und wesentlich von uns konzipiert, stellte Arbeit als ökonomische und gesellschaftliche Ressource in den Mittelpunkt und knüpfte daran Demokratiegewinne. Im Rückblick würden wir sagen: Es war ein Programm, das nachfordistische Umbruch intendierte. Reformismus zwar, aber einer, der transformatorische Qualitäten intendierte.

Mitte der 80er-, Anfang der 90er-Jahre hatte das SOFI mit den Untersuchungen „Das Ende der Arbeitsteilung?“ (Kern/Schumann), „Die Zukunft der Angestellten“ (Baethge/Oberbeck) und „Im Schatten der Arbeitsgesellschaft“ (Kronauer/Vogel/Gerlach) eine zuvor nicht gekannte und danach auch nicht mehr fortgeschriebene Kartografie der gesellschaftlichen Arbeit vorgelegt. Offengelegt wurden mit diesen Forschungen gleichermaßen „Aufwertungen der Arbeit“, „interne Polarisierungen“, „externe Segmentierungen“ und Probleme der „Arbeitslosigkeit“. Sie zeigten aber auch Entwicklungspfade auf, die Auswege aus der fordistischen Krise des Systems zumindest andachten. Wir sprachen von neuen Produktionskonzepten. Und sie eröffnete das Spektrum der Bündnispartner in Richtung moderner Kapitalfraktionen, die für einen aufgeklärteren Umgang mit der Arbeitskraft standen. Wir interpretierten diesen Strukturwandel als neue Möglichkeiten für eine „innovative Arbeitspolitik“.

rücksichtslos auf Kostenvorteile im Produktionsprozess setzte, machte viele der fortschrittlichen arbeitspolitischen Konzepte hinfällig.

Ausblick

Hier endet meine Erzählung über die politische Vergangenheit des SOFI. Jetzt übernimmt Berthold Vogel. Bei ihm geht es um die Perspektiven der Weiterarbeit. Dafür bin ich nicht mehr zuständig. Aber ich möchte mich der Verlockung, als Senior dem „Ausblick“ noch etwas mit auf dem Weg zu geben, nicht gänzlich entziehen. Dabei beschränke ich mich auf mein Rückblick-Thema: das politische Projekt SOFI. Ich konzentriere mich auf zwei, mir besonders wichtig erscheinende Schwerpunktsetzungen.

1. In der aktuellen Debatte um Industrie bzw. Arbeit 4.0 ist das Institut neu gefordert. Die „Zukunft der Arbeit“, immer ein zentrales Thema unserer Forschungen, steht erneut im Fokus. Und für mich erscheint dieser Schwerpunkt gerade in der politischen Dimension besonders wichtig. Gegenwärtig sind die unterschiedlichsten, oft diametral widersprüchlichen Einschätzungen zu hören. Resultat ist gleichermaßen Unsicherheit und auch Offenheit. Das meint aber auch: Für die erfolgversprechende Gestaltung erschei-

privilegiert zum Zuge kommen. Also, in unserer Terminologie, eine „aufgeklärte“ Arbeitspolitik. Im Bündnis mit den Gewerkschaften und den Modernisierern in den Unternehmen könnte sich bei optimaler Nutzung und Beherrschung der neuen Technologieangebote eine erweiterte Gestaltungschance ergeben. Ich bin da nicht hoffnungsvoll – aber der Versuch sollte gewagt werden.

2. Der politische Anspruch des Instituts hat sich in der Vergangenheit darauf konzentriert, beschäftigungs- und arbeitspolitische Problemlagen zu identifizieren und Angebote für alternative Konzepte zu entwickeln. Der neue radikale Nationalismus fordert auch die Institutsarbeit gerade in ihrem politischen Anspruch neu heraus. Es ist ja nicht zu übersehen: Es sind auch die tiefen Umbrüche in der Arbeitswelt, die diese Entwicklungen fördern: die Kollektivzusammenhänge zerfasern lassen, die Abstiegsängste verstärken, die Anerkennung gleichsam systemisch verweigern. Die einen Kapitalismus delegitimieren, der seine Wohlfahrts- und Sicherheitsversprechen nicht mehr einlöst. Es spricht viel dafür, auch von einem arbeitsweltlichen Nährboden der neuen, extremen Rechten auszugehen. Kritische Sozialforschung hat die Aufgabe, das



Otfried Mickler (ehemaliger SOFI-Direktor), Horst Kern (Mitbegründer und ehemaliger Präsident des SOFI)



kpw-photo.com

Doch das Zeitfenster für einen aufgeklärteren Kapitalismus hat sich schnell wieder geschlossen. Die den 80er-Jahren folgende Phase des Neoliberalismus, der unter dem Vorzeichen eines „Shareholder Value“-Rationalisierungsverhaltens

nen viele Wege möglich. Damit eröffnen sich Chancen, das Konzept der innovativen Arbeitspolitik neu ins Spiel zu bringen. Das heißt, eine Arbeitspolitik, bei der die Potenziale und Interessen der Beschäftigten

näher zu durchleuchten und beizutragen, Gegengifte in einer Demokratisierungsperspektive zu entwickeln. Die SOFI-Forschung sollte sich hier herausgefordert sehen.

Das SOFI: Kontinuitäten und Aufbruch

Was Sozialforschung heute leisten muss!



Berthold Vogel

Das Privileg und das Verdienst Michael Schumanns kommen mir nicht zu – die positive Energie des Biografischen und die Kraft einer Gründungsgeschichte, von der die nachfolgenden Generationen profitieren! Auf der Brücke, die aus dieser Geschichte heraus gebaut ist, gehe ich nun weiter und schließe in meinem Beitrag mit der Normativität des Programmatischen an. Es geht mir um eine Ortsbestimmung – was kann, was sollte, was muss Sozialforschung, zumal Sozialforschung Göttinger Prägung heute leisten? Damit sind drei Fragen verknüpft: Gibt es einen Göttinger Weg der Sozialforschung? Und wenn es diesen Weg gibt, welche Aufgaben sind heute auf diesem Weg anzupacken? Und schließlich: Wie können wir diesen Weg auch in Zukunft begehbar halten?

Ortsbestimmung

Beginnen wir mit der ersten Frage. Gibt es eigentlich so etwas wie einen Göttinger Weg der Sozialforschung? Unsere Antwort lautet, ja, es gibt diesen Göttinger Weg.

Zwei Begriffe sind besonders gut geeignet, um eine Anschauung von diesem Göttinger Weg zu bekommen. Michael Schumann hat mit diesen Begriffen gearbeitet, als er vor einigen Jahren über die wissenschaftlichen Spuren sprach, die Hans Paul Bahrdt in der Arbeits- und Industriosozologie hinterlassen hat.

Die beiden Begriffe sind ‚**Wirklichkeitshunger**‘ und ‚**Weltanschauungskepsis**‘.

die Monotonie einer Weltanschauung verzichten und den Fehler vermeiden, gute Gesinnung mit guter Forschung zu verwechseln.

Wirklichkeitshunger und Weltanschauungskepsis – das sind Signalbegriffe einer offenen, verstehenden, qualitativ und phänomenologisch orientierten Soziologie; einer Soziologie, die mit Leitfragen verbunden ist.

Wie muss eine Gesellschaft und wie müssen ihre Institutionen gebaut sein, wie müssen Betriebe und Arbeitsplätze beschaffen sein, damit Menschen darin würdig, ihren Interessen und Bedürfnissen angemessen leben können? Ja, noch mehr: Damit Menschen sich in ihren und aus ihren sozialen

Ausdruck, sich mit gesellschaftlichen Verhältnissen vertraut zu machen, Menschen mit ihren Erfahrungen zum Sprechen zu bringen; und es zeigt sich das Interesse, soziologische Expertise in Beziehung zur „Gesellschaft“ zu bringen und durch Soziologie, durch Sozialforschung interessante und interessierte Öffentlichkeiten zu schaffen.

Und spricht nicht heute einiges dafür, dass dieser Göttinger Weg, dieser Weg einer verstehenden Soziologie erneut an Gewicht gewinnt – in Zeiten autoritärer Versuchungen, in Zeiten digitaler Phantasien, in Zeiten neuer sozialer Bruchlinien und in Zeiten der Verwundbarkeit der Demokratie?!



Berthold Vogel (geschäftsführender Direktor des SOFI)



kpw-photo.com

Beide Begriffe markieren eine intellektuelle Position und eine wissenschaftliche Haltung. Sie zeigen an, was wissenschaftlich zu leisten ist: Möglichst viel über die gesellschaftliche Wirklichkeit in Erfahrung bringen, auf

Gegebenheiten und Lebenssituationen heraus entwickeln und entfalten können?

In diesem verstehenden Zugriff auf Wirklichkeit kommt der Wunsch zum

Verstehen als Prinzip – Verstehen, um offene gesellschaftliche Situationen gestaltbar zu machen; das war von Beginn an der wissenschaftliche Anspruch und das methodische Ziel von SOFI-Forschung.

Das führt mich zu meiner zweiten Frage. Welche Aufgaben liegen für eine Sozialforschung dieser Provenienz auf dem Weg? Wo müssen wir anpacken?

Was Sozialforschung heute leisten muss?

Michael Schumann hat das in seinem Beitrag offensiv formuliert – Gestaltungschancen aufzeigen. Aufklären über das, was in der Gesellschaft vor sich geht. Bereitschaft zur Zeitdiagnose.

Und es stimmt. Sozialforschung zählt. Wir sind im Gespräch mit den Menschen in der Arbeit, wir hören von ihren Wünschen an Arbeit, an berufliche Wertschätzung und von ihrer Freude, sich in ihrer Arbeit wieder zu finden – im Übrigen auch in ihrer Arbeit jenseits von Betrieb und Büro, die sie im Rahmen ihres Engagements für Vereine, für lokale Initiativen, für die Gewerkschaften oder Kirche leisten.

Aber wir hören eben auch von der Sorge, es selbst nicht mehr in der Hand zu haben, wie es weitergeht, und wir hören von dem Gefühl, dass immer nur die Probleme der „Anderen“ im Vordergrund stehen. Dieses Gefühl an „Empathiemauern“ zu stoßen, die eigenen Bedürfnisse und Befürchtungen nicht äußern zu können, lähmt jede Idee gesellschaftlichen Fortschritts; dieses Gefühl beflügelt autoritäre Lösungen, es ist ein Nährboden

die gute Ratschläge auf freundlichen Veranstaltungen verteilt. Wir müssen ein Ort sein, der Potenziale und Spielräume für eine vitale Demokratie auch in der Arbeitswelt entwickelt; und wir müssen ein Ort sein, der aus der Forschung heraus Maßstäbe formuliert für eine humane Gestaltung der gesellschaftlichen Arbeit.

Lassen Sie mich exemplarisch diesen einen Begriff, diesen einen Gedanken herausgreifen: Humanisierung. Zunächst: Dieser Begriff baut Brücken, denn das 70er- und 80er-Jahre-Programm „Humanisierung der Arbeitswelt“ ist eng mit der Gründungs- und Entwicklungsgeschichte des Instituts verknüpft.

Die Lage heute ist allerdings eine andere: Wenn wir jetzt den Gedanken der „Humanisierung“ wieder in die Debatte bringen, dann geht es nicht darum, die Geister und die Begriffe der Vergangenheit zu beschwören, auf dass sie das Institut in die Zukunft tragen; nein, es geht darum, Begriffen ein neues, ein eigenes Gewicht zu geben, damit sie zum Verstehen unserer Gegenwart beitragen.

Was könnte es also bedeuten, Humanisierung zu einem strategischen Begriff zu entwickeln? Folgende Aspekte sind wichtig:

Über Arbeit forschen, heißt heute mehr denn je, die Veränderung der Arbeit mit

der Industriegesellschaft mit dem Alltag unserer Lebensführung verknüpft. Mit Pflege und Gesundheit, mit Beratung und Kommunikation, mit Mobilität und Freizeit. Privates und Öffentliches, Häusliches und Betriebliches verbinden sich enger und in neuer Weise. Das ist – um in der Diktion aktueller Arbeitsanalysen zu sprechen – für viele Menschen „lousy“ und „lovely“ zugleich. Wir sind daher gefordert, die Menschen nicht nur als Teil eines Betriebs oder einer Behörde wahrzunehmen, sondern als Teil ihrer Familie, als Teil ihrer Nachbarschaften und ihres lokalen Umfelds, als Aktive in ihren Vereinen und Initiativen.

Um eine Idee zu entwickeln, was heute Humanisierung der Arbeit bedeuten kann, braucht es zudem sehr viel stärker den Zugang zu den gesellschaftlichen Umwelten, in denen wir uns bewegen und begegnen. Zu diesen Umwelten zählen soziale Infrastrukturen, die Gestalt öffentlicher Räume, die Verfügbarkeit öffentlicher Güter. Humanisierung der Arbeit muss mit Fragen des Gemeinwohls, mit dem Bedürfnis nach einem verlässlichen Staat und Gemeinwesen, mit dem Wunsch nach einem möglichst intakten öffentlichen Raum in Verbindung gebracht werden.

Und schließlich: Was heißt für uns am SOFI (mit unserer Tradition) eigentlich Humanisierung der Arbeit im digitalen



für menschenfeindliche Ressentiments, die auch in der Verrohung der öffentlichen Sprache zum Ausdruck kommen.

Um hier Gegengift zu entwickeln, müssen wir mehr sein als eine Wissenschaft,

lebensweltlichen Erfahrungen der Menschen zu verknüpfen. Die Arbeitslandschaften der Gegenwart und Zukunft sind in einer Ökonomie, in der öffentliche und private Dienstleistungen dominieren, sehr viel stärker als noch in

Zeitalter? Diese Frage führt weg von der Logik der Verwertung technischer Innovation hin zur Bewertung sozialen Fortschritts. Es ist die Frage nach dem Maßstab. Machen wir das, was wir machen können, oder das, was wir

machen wollen? Unsere Forschung jedenfalls zeigt, dass Menschen keine disruptiven Wesen sind, die einfach nur technologischen Zyklen folgen. Sie sind in ihren Arbeits- und Lebensvollzügen soziale Wesen, die nach Bindung und Verbindlichkeit verlangen, die in ihrer Entwicklung zu selbstsicheren und selbstbewussten Akteuren in einer offenen und demokratischen Gesellschaft institutionenbedürftig sind.

Weiterhin zeigt unsere Forschung, dass Erwerbsarbeit auch im Zeitalter digitaler Technologien weiterhin im Mittelpunkt steht – als sinnstiftende, als in der Welt orientierende, als die eigenen Fähigkeiten und Fertigkeiten anerkennende Tätigkeit.

Ein Abschieben in Alimentierung jedenfalls, davon ist jetzt ja immer mal wieder die Rede, verträgt keine demokratische Gesellschaft. Die Aufgabe, die ansteht, ist nicht die Abfindung von Menschen mit ihrem ökonomischen Schicksal, sondern die Erfindung von Institutionen, die auch in Zukunft sozialen Ausgleich und wechselseitige Wertschätzung ermöglichen.

Diese Herausforderung wird Sozialforschung nur durch intellektuelle Neugier und konzeptionelle Offenheit lösen können. Sozialforschung ist ein Kooperationsangebot – an andere Disziplinen, an

zahlreicher als projektbezogene Einzel- forschung. Das muss auch der Weg für die Zukunft sein.

Wir als Institut setzen auf die Organisation des öffentlichen Gesprächs. Soziologie ist eine Wissenschaft der Kommunikation, des In-Beziehung-Tretens, des Ins-Gespräch-Kommens. Diese Fähigkeit der Soziologie wird wichtiger – in Zeiten wachsender Empathiemauern und sich selbst bestätigender Weltanschauungsgemeinschaften.

Doch wie halten wir den skizzierten Weg begehbar?

Der Göttinger Weg, der Weg des SOFI – wie können wir ihn begehbar halten?

Die Antwort sollte wohl sein: Das wird von der Leistungsfähigkeit dieses Instituts abhängen, von den Personen, die dort forschen, von den Profilen, die sich heraus bilden, die sich jetzt neu heraus bilden – das Institut steht nicht still, das sieht man an Themen und Präsentationen auch dieser Tagung, an der Methodik der Projekte, an der Vielzahl junger und neuer Mitarbeiter/innen.

Und klar ist auch, dass wir als Institut gefordert sind, uns sichtbar zu machen, mit unserer Forschungsarbeit Öffentlichkeit zu schaffen, zeitdiagnostisch auf

Doch ebenso klar ist, dass diese Mobilisierungsfähigkeit Grundlagen hat. Das SOFI – und das kann man sicher nach 50 Jahren sagen – lebt als Forschungsinstitut von seinen Kontinuitäten und Stabilitäten, bisweilen auch von seiner Sturheit und den Trägheitsgesetzen, die eine Institution eben entwickelt.

Das gilt für das hartnäckige Verfolgen von Fragestellungen, das gilt für das Festhalten an der Zentralität von Erwerbsarbeit, das gilt für den Anspruch, gesellschaftlich „zu wirken“, und es gilt auch für das Setzen auf personelle Kontinuität.

Themen brauchen ihre Zeit, grundlagenorientierte Forschung braucht ihre Zeit, forschungsstrategische Interventionen brauchen ihre Zeit – kurz: Forscher/innen brauchen Verbindlichkeiten.

Wir wünschen uns als Institut, dass wir mit Unterstützung des Landes Niedersachsen und mit Unterstützung unserer Fördermittelgeber weiterhin verbindliche und langfristige Forschungsbedingungen sicherstellen können; in einem Umfeld, in der Wissenschaft oftmals nur noch Projektzyklen kennt.

Forschung für eine neue Kartografie der Arbeit, für Ideen einer humanen Gestaltung unserer Gesellschaft braucht ver-



Aktive in Betrieb, Verband oder Politik. Sozialforschung macht Gesprächsangebote und steigt über akademische Gartenzäune. Wir suchen im SOFI diesen Dialog. Die Projekte in Kooperationen und Verbänden sind schon heute

der Höhe zu sein. Wir spüren es, dass Sozialforschung zählt. Diese Gunst der Stunde gilt es zu nutzen. Wissenschaftliche Potenziale gilt es, zu mobilisieren. Wer würde bestreiten wollen, dass es hier nicht noch Spielräume gäbe?!

lässliche Rahmenbedingungen – das war die Gründungsidee 1968; und das ist heute, 2018, die Voraussetzung zur Fortentwicklung einer Sozialforschung, die die Zeichen der Zeit erkennt.

SOFI und Universität

Produktive Verbindung zweier Welten

50
JAHRE
SOFI

Nicole Mayer-Ahuja

Wie stellt sich das Verhältnis zwischen dem SOFI und der Georg-August-Universität Göttingen dar, mit der das Institut seit 1983 durch einen Kooperationsvertrag verbunden ist? Ich habe über die Jahre drei Perspektiven kennengelernt: den Blick von „drüben“ (vom Campus) auf das SOFI, die Innensicht einer wissenschaftlichen Mitarbeiterin an diesem Institut und schließlich die Perspektive der Verbindungsprofessorin zwischen SOFI und Universität, die Kooperation zwischen diesen beiden Institutionen fördern soll – eine Position, die ich seit 2015 innehave.

Der Blick von „drüben“: Die dunkle Macht im Friedländer Weg

Nach Göttingen kam ich, um im DFG-Graduiertenkolleg „Zukunft des Europäischen Sozialmodells“ meine Doktorarbeit zu schreiben. Obwohl sich einige von uns mit dem Thema „Arbeit“ beschäftigten, hatten wir mit dem SOFI recht wenig zu tun. Zwar war regelmäßig von dem Institut die Rede, doch uns erschien es (wenn die satirische Zuspitzung erlaubt ist) wie die dunkle Macht im Friedländer Weg – weit entfernt vom Campus, mysteriös, unnahbar, bevölkert von einem seltsamen Schlag von Wissenschaftlern. Das SOFI erschien uns (vorwiegend Mitte bis Ende Zwanzigjährigen) als das Reich der alten Männer – was, nebenbei bemerkt, auch damals so

Und wer sich am Freitag Nachmittag ins SOFI-Kolloquium verirrte, berichtete von seltsamen Ritualen. So mancher Referent und manche Referentin, so hieß es, sei erbarmungslos „gegrillt“ worden, man schieße mit schwerem Geschütz aus tausend Projekten, stürze sich auf Argumentationsschwächen, hadere mit jedem unausgegorenen Gedanken oder Begriff – glücklich, wer das unbeschadet überstehe. Die Leichtigkeit, das Spielerische im wissenschaftlichen Diskurs schienen in dem Haus Ecke Calsowstraße so gänzlich zu fehlen – „Arbeit“ war für die „SOFIsten“ offenbar ein ernstes Thema; ein Thema, bei dem es um die Zukunft der Gesellschaft, um die Existenz und die Würde von Menschen ging. Entsprechend unerbittlich wurde um die richtige Analyse gerungen und eben auch gestritten.

Mitarbeiterin von innen kennenzulernen. Die neuen Kollegen traf ich an meinem ersten Arbeitstag bei der Mai-Kundgebung der DGB-Gewerkschaften. Man schlug mir auf die Schulter und empfing mich mit den Worten: „Willkommen im SOFI – jetzt lernst Du mal arbeiten.“

Arbeiten konnte ich schon – und doch habe ich in den nächsten Jahren viel darüber gelernt, warum Arbeit an diesem Institut anders funktioniert als an der Universität.

Gegründet wurde das SOFI vor 50 Jahren, um Wissenschaft in einer Weise betreiben zu können, die an Universitäten so nicht möglich ist. Während dort Forschung, Lehre und akademische Selbstverwaltung zu leisten sind, kann man sich am SOFI voll auf Forschung konzentrieren. Zugleich ist „Drittmit-



Nicole Mayer-Ahuja (Direktorin des SOFI)



kw-photo.com

nicht stimmte – mit ernstem Blick und pointierten Positionen. Begegnete man ihnen (was etwa im Rahmen von Workshops durchaus geschah), war man erschüttert von dem geballten Wissen, das einem entgegenschlug.

Innenansicht: Das SOFI als Modell wissenschaftlicher Arbeit außerhalb der Universität

Ab dem Jahr 2002 hatte ich Gelegenheit, das SOFI als wissenschaftliche

telforschung als Beruf“ ein harter Job, denn die eigene Existenz muss durch Projektmittel gesichert werden, die meist nur für zwei oder drei Jahre gewährt werden. Jedes dieser Projekte erfordert vollen Einsatz, und die

Konkurrenz um Akquisen ist über die Jahre stetig größer geworden.

Dennoch ist das SOFI ein attraktiver Ort für exzellente Wissenschaftler/innen. Weil viele Kolleg/innen dank unbefristeter Verträge langfristig am SOFI tätig sind, haben sie die Chance, ein eigenständiges wissenschaftliches Renommee aufzubauen. Viele von ihnen werden (auch ohne Professur) zu gefragten Expert/innen, die wissenschaftliche Debatten beeinflussen – und selbständig Projektmittel akquirieren, auf die das SOFI angewiesen ist. Gerade weil sie dauerhaft beschäftigt sind, können sie sich im Rahmen langjähriger Projektarbeit eine breite Wissensbasis aufbauen, die es erlaubt, bei Bedarf schnell auf neue Fragen zu reagieren – das Phänomen „Industrie 4.0“ zum Beispiel wurde von Seiten des SOFI gerade deshalb besonders früh und besonders kundig adressiert, weil die Kolleg/innen auf jahrzehntelange Forschung zu technischer Rationalisierung zurückgreifen konnten. Wissenschaftliche Flexibilität und Kreativität brauchen stabile Grundlagen – dies gilt nicht zuletzt für Arbeitsverhältnisse.

Ein wesentlicher Unterschied zum Arbeiten an der Universität besteht zudem in der Betriebsförmigkeit von SOFI-Forschung. An Universitäten sind Wissenschaftler/innen (unterhalb der Ebene

der Tätigkeit steht das projektförmige Arbeiten. Weil Teams häufig neu zusammengesetzt werden, lernt man regelmäßig neue Expertise kennen, und gerade jüngere Kolleg/innen profitieren davon, mit erfahrenen Forscher/innen zusammenzuarbeiten. Grundsätzlich wird am SOFI nicht für das einzelne Projekt rekrutiert, sondern für die Arbeit im Institut – wer hier arbeitet, verpflichtet sich, die eigene Forschung in diesen Rahmen einzuordnen. Gerade weil die Existenz dauerhaft gesichert ist, kann man es sich leisten, bei Bedarf auch Projekte zu beantragen oder zu bearbeiten, die nicht hundertprozentig der eigenen Karriereplanung entsprechen, aber für das Institut zentral sind. Auf diesem Deal beruht die Arbeit des SOFI: Langfristige Bindung, Teamgeist und wissenschaftliche Exzellenz gegen eine dauerhafte und planbare Beschäftigungsperspektive. Ergebnis ist ein attraktiver wissenschaftlicher Karriereweg jenseits der Professur – und genau solche Modelle sind gefragt, wenn aktuell etwa der Wissenschaftsrat über Alternativen zu den exorbitanten Befristungsquoten im universitären Mittelbau nachdenkt. Auf der Suche nach „Best Practices“ lohnt hier durchaus ein Blick auf das SOFI.

Das Image der dunklen Macht im Friedländer Weg war offenkundig immer ein Zerrbild, doch zweifellos hat

exzessive Arbeitszeiten zu leisten und kaum Urlaub zu machen. Unverändert ist allerdings die wissenschaftliche Ernsthaftigkeit und die Leidenschaft, mit der um eine angemessene Analyse der Arbeitswelt gerungen wird. Die Debatten mögen im Stil verbindlicher geworden sein, doch sie sind nach wie vor dadurch geprägt, dass am SOFI ausgewiesene Expert/innen für Arbeitsorganisation und Beschäftigungsverhältnis, für Bildung und Arbeitsmarkt, für Wertschöpfungsketten und Arbeitsbeziehungen die Veränderungen der Arbeitswelt intensiv beforschen und mit viel Nachdruck diskutieren. Dies ist auch notwendig, denn anwendungsorientierte Grundlagenforschung, für die das SOFI steht, ist und bleibt eine Herausforderung: Nur wer die (Arbeits-)Welt möglichst präzise analysiert, kann dazu beitragen, sie humaner und gerechter zu machen.

Universität und SOFI: Zwei Welten treffen aufeinander

Wie sehen nun die Beziehungen zwischen Universität und SOFI aus – und wie haben sie sich in den letzten Jahren verändert?

Tatsächlich verkörpert das SOFI in vieler Hinsicht ein anderes Modell von wissenschaftlicher Arbeit als die Universität, doch die Existenz dieser



der Professur) als Forschende vor allem mit ihren Qualifizierungsarbeiten befasst, und dies ist meist ein mehr oder minder individuelles Geschäft. Natürlich wird auch am SOFI promoviert und habilitiert – doch im Mittelpunkt

sich das Institut in den vergangenen Jahren merklich verändert. Das SOFI ist (wieder) jünger und weiblicher geworden, es werden viele Kinder geboren, und anders als in früheren Jahren gilt es nicht mehr unbedingt als Ideal,

beiden Pole (wenn wir bei der Terminologie dieser Tagung bleiben wollen), führt meiner Auffassung nach nicht zu konflikthafter Polarisierung. Vielmehr nutzen wir die Unterschiedlichkeit, um in der Kooperation Neues zu

schaffen – das gilt für die Forschung ebenso wie für die Lehre.

So hat etwa die Forschungskoope-
ration zwischen Universität und SOFI eine
lange und gute Tradition. Die Präsi-
dentin der Universität betont zurecht, dass
der Wissenschaftsstandort Göttingen
sich gerade dadurch auszeichnet,
dass in dieser kleinen Stadt im Süden
Niedersachsens eine Reihe hochre-
nommierter Forschungszentren neben
der Universität existieren, die gemein-
sam mit dieser den Göttingen Campus
ausmachen. Eines davon ist das SOFI,
das vielfältige Forschungsbeziehungen
zur Georgia Augusta unterhält. Allein
in den letzten Jahren war das SOFI,
um nur einige Aktivitäten zu nennen,
aktiv an einem interdisziplinären Gra-
duiertenkolleg (zu qualifikatorischem
Upgrading) beteiligt, und es wurden di-
verse Projektverbünde in Kooperation
mit der Universität akquiriert, etwa zu
Digitalisierungskonflikten (gemeinsam
mit Kollegen aus dem Arbeitsrecht)
oder Kollaborativer Teamarbeit mit der
Kooperationsstelle Hochschulen und
Gewerkschaften. Seit einigen Jahren
bauen wir gemeinsam mit der Gesell-
schaft für wissenschaftliche Datenver-
arbeitung Göttingen (GWDG) sowie
der Staats- und Universitätsbibliothek
(SUB) das Zentrum eLabour auf, das
die IT-basierte Analyse von arbeitsso-
ziologischem Material vorantreibt, um

Jahren weiter an Schwung gewonnen
hat, und die nicht zuletzt zur Profilbil-
dung der Georgia Augusta beiträgt.

Die teilweise langjährigen Kooperati-
onen mit Kolleg/innen an der Univer-
sität Göttingen haben außerdem eine
solide Grundlage dafür geschaffen,
dass wir einen neuen Aufbruch wa-
gen konnten: einen Aufbruch in der
Lehre. Zwar ist das SOFI seit langem
in der universitären Ausbildung von
Studierenden präsent, da Kolleg/innen
regelmäßig Veranstaltungen in den
Göttinger Bachelor- und Masterstu-
diengängen anbieten. Seit dem Win-
tersemester 2016/17 trägt das SOFI
jedoch außerdem maßgeblich zu dem
neuen, forschungsorientierten Mas-
terstudiengang „Arbeit in Betrieb und
Gesellschaft“ bei. Dieser Studiengang
ist bislang ein voller Erfolg. Von Anfang
an waren deutlich mehr Bewerber/in-
nen zu verzeichnen als erwartet, was
alles Andere als selbstverständlich ist.
Entsprechend studieren heute, andert-
halb Jahre nach dem Start, bereits
80 angehende Master, wie sich die
Arbeitswelt verändert – aus Sicht der
Arbeitssoziologie, des Arbeitsrechts,
der BWL und VWL, der Kulturanthro-
pologie, der Arbeitsgeschichte und
Diversitätsforschung. Von unseren
Partner/innen aus anderen Disziplinen
hören wir, dass die „ABG-Studieren-
den“ so manche Veranstaltung „aufmi-

diese Klientel – und das macht Lehre
für beide Seiten interessant.

Bei aller Skepsis gegen angebliche
„win-win-Situationen“ profitieren in
diesem Fall tatsächlich beide Seiten
vom Einsatz des SOFI in der universi-
tären Lehre. Für das SOFI bietet sich
die hochwillkommene Gelegenheit,
aktuelle Forschung mit Studierenden
zu diskutieren, sie für unsere Themen
zu begeistern und dabei zugleich um
exzellenten wissenschaftlichen Nach-
wuchs zu werben. Seit das Thema
„Arbeit“ mit Macht in die gesellschaft-
liche, politische und wissenschaftliche
Debatte zurückgekehrt ist, fließt viel
Geld auch in arbeitssoziologische For-
schung. Die damit entstehenden Stel-
len können derzeit nur schwer besetzt
werden – der Fachkräftemangel betrifft
auch qualifizierte, eigenständig und
professionell forschende Arbeitssozio-
log/innen. Diese akademische Disziplin
hat in den vergangenen Jahren zu we-
nig Studierende angezogen, und nicht
nur wir konkurrieren um qualifizierte
Absolvent/innen. Der Standort Göttingen
ist dabei zugegebenermaßen nicht das
stärkste Argument. Alleine schon
aus diesem Grund braucht das SOFI
den direkten Draht zur Universität, um
junge Talente zu fördern und frühzeitig
für die Arbeitssoziologie zu begeistern.
Solange wir ihnen ein attraktives For-
schungsumfeld und dauerhafte Per-



kpw-photo.com

Veränderungen von Arbeit und Pro-
duktion seit Ende des Fordismus auf
neuer Grundlage analysieren zu kön-
nen. Kurz: Die Forschungskoope-
ration zwischen Universität und SOFI ist eine
Erfolgsgeschichte, die in den letzten

schen“ – sie wollen ergründen, wie sich
Arbeit darstellt und entwickelt, haben
sich bewusst für dieses Themenfeld
entschieden, und etwa die Hälfte von
ihnen ist eigens dafür nach Göttingen
gekommen. Uns Lehrende fordert

spektiven bieten können, hoffen wir,
auch weiterhin die besten Köpfe für
uns zu gewinnen.

Umgekehrt profitieren Studierende
enorm davon, dass Dozent/innen

direkt aus laufenden SOFI-Projekten heraus unterrichten. Nicht nur sind die Befunde hochaktuell – auch die Forschungsdebatten, mit denen wir uns befassen, finden umgehend Eingang in die Lehre. Dies fördert die Einsicht, dass Arbeitssoziologie eine streitbare Disziplin ist, bei der es stets um die Analyse komplexer Sachverhalte und oft um widerstreitende Interessen und unterschiedliche Interpretationen geht, weil arbeitssoziologische Forschung an zentralen Debatten unserer Zeit ansetzt: Wie wollen wir arbeiten, wie wollen wir leben, wie soll gesellschaftlicher Reichtum verteilt werden, wer entscheidet in Betrieb und Gesellschaft? Kurz: Wer bei SOFI-Kolleg/innen studiert, kommt gar nicht erst auf die Idee, es mit wissenschaftlichen Elfenbeintürmen zu tun zu haben – und das belebt das didaktische Geschäft ungemein.

Besonders die arbeitssoziologischen Lehrforschungsprojekte, die seit 2013 mit tatkräftiger Unterstützung des SOFI angeboten werden und die inzwischen den Kern des neuen Masterstudienganges darstellen, haben sich als echter Studierendenmagnet

Ergebnisse, welche die wissenschaftliche Debatte durchaus voranbringen. So wurden etwa die Befunde eines Lehrforschungsprojektes zu Arbeitsbedingungen und Arbeitskampf in Kindertagesstätten im Jahr 2015 auf der Herbsttagung der Sektion Arbeits- und Industriesoziologie präsentiert und später in einem wissenschaftlichen Sammelband veröffentlicht. Für Studierende wird so die Perspektive „Wissenschaft als Beruf“ unmittelbar greifbar, und entsprechend ist es wohl kein Zufall, dass einer der Referenten der AIS-Tagung inzwischen am SOFI promoviert. Dennoch kann ich alle, die derzeit nachfragen, wann endlich die ersten Absolvent/innen des neuen Masterstudienganges zu erwarten sind, beruhigen: Wir bilden konsequent über Bedarf aus.

Zu guter Letzt ermöglichen es die vielfältigen Forschungsk Kooperationen des SOFI, Göttingen für Studierende auch durch Einblicke in internationale Forschung zu einem hochattraktiven Ort zu machen: So nahmen etwa zahlreiche Masterstudierende an der Konferenz „Workers of the World. Global Perspectives on Labour from the 1950s to the present“ teil, die das SOFI im Juni 2017

Beispiel für die produktive Kooperation zwischen Institut und Universität: am SOFI diskutieren wir Arbeit verstärkt in ihrem historischen Kontext und aus transnationaler Perspektive – und dies schlägt sich in neuen Impulsen für die universitäre Lehre nieder.

Fazit

Ich verfolge die Entwicklung des Verhältnisses zwischen SOFI und Universität Göttingen seit fast 20 Jahren: mit Blick „von drüben“, „von innen“ und inzwischen als Verbindungsprofessorin zwischen beiden Institutionen. Mein Fazit, Stand 2018, lautet: Es handelt sich in der Tat um ungleiche Partner, denn das SOFI steht in vieler Hinsicht für ein spezifisches Modell von Arbeit in der Wissenschaft: für langfristige Karrierewege außerhalb der Universität. Das Zusammentreffen dieser beiden Welten führt jedoch in diesem Fall vor allem zur produktiven Verbindung der jeweiligen Stärken. Wenn Göttingen heute, ein halbes Jahrhundert nach Gründung des SOFI, als Schwerpunkt für arbeitssoziologische Forschung und Lehre gelten kann, resultiert dies nicht zuletzt aus dieser fruchtbaren



kpw-photo.com

erwiesen. Für zwei Semester widmet man sich dort einem eigenen empirischen Projekt. Studierende entwerfen ein Untersuchungsdesign, führen Interviewprogramme durch, werten das Material aus und erzielen damit teilweise

zusammen mit der Volkswagenstiftung im Schloss Herrenhausen in Hannover veranstaltete, und bei der sie mehr als 150 Wissenschaftler/innen aus über 20 Nationen live erleben und kennenlernen konnten. Auch das ist ein gutes

Kooperation. Dies ist ein großer Erfolg für alle, die daran mitgearbeitet haben, und eine Herausforderung für die Zukunft. In diesem Sinne: Auf die nächsten 50 Jahre!

Forschungsschwerpunkte des SOFI in der Debatte

Polarisierung(en). Zur Zukunft von Arbeit, Unternehmen und Gesellschaft

50
JAHRE
SOFI

50 Jahre SOFI-Forschung und ihre Ergebnisse als Ausgangspunkt und Ressource für gegenwartsbezogene und auf die Zukunft gerichtete sozialwissenschaftliche Arbeit, unter dieser Leitperspektive standen drei Panels, in denen aktuelle, absehbar längerfristig relevante Forschungsschwerpunkte des SOFI präsentiert und zur Diskussion gestellt wurden. Nicht eine Präsentation der SOFI-Forschung in ihrer ganzen Breite, sondern die bewusst ausschnittshafte, selektive Thematisierung bestimmter tatsächlicher bzw. sich abzeichnender Polarisierungstendenzen in den verschiedenen gesellschaftlichen Handlungs- und sozialwissenschaftlichen Forschungsfeldern war angestrebt. Mit welchen neuen Fragen sehen sich die Forscher/innen im SOFI durch jüngere gesellschaftliche Entwicklungen konfrontiert bzw. wo und wie sehen sie sich durch diese Entwicklungen zur Neufassung älterer Fragestellungen aufgefordert? Welche blinden Flecken der bisherigen Forschung legen diese gegebenenfalls bloß? Schließlich: Welche Rolle kann und sollte das SOFI im Rahmen der sozialwissenschaftlichen Disziplinen wie im Rahmen darüber hinausweisender politischer und gesellschaftlicher Debatten anstreben? Einschlägige Präsentationen aus den SOFI-Forschungsschwerpunkten, ihre kritische Kommentierung durch externe Kolleg/innen und Experten aus dem nichtwissenschaftlichen Bereich und die Diskussion darüber sollten Beiträge zur Klärung dieser Fragen erbringen.

■ Panel 1

Arbeit in und an der Digitalisierung

Harald Wolf

50 Jahre SOFI heißt auch 50 Jahre Sozialforschung über den Zusammenhang von Technik(entwicklung) und Arbeit(sfolgen). Die öffentliche Debatte um diese alte Frage ist in jüngster Zeit wieder neu in Bewegung geraten, die Rede von neuen Geschäftsmodellen und Beschäftigungsformen à la „Plattformökonomie“ und Formeln wie „Amazonisierung“, „digitaler Taylorismus“ oder „digitale Despotie“ machen die Runde. Auch im Hinblick auf neue „Polarisierung(en)“ sind alarmierende Aussagen zu hören, etwa von einer zunehmenden Spaltung und Verfestigung der Arbeitsteilung zwischen „Digitalisierungsgestaltern“ am einen und geringqualifizierten Einfacharbeiten und „Datenlückenbüßertätigkeiten“ am anderen Pol. Durch solche pauschalisierenden Prognosen über die Zukunft der Arbeit und durch allseitiges eifriges Schwenken von Fahnenwörtern wie „Digitalisierung“ oder auch „Industrie 4.0“ ist inzwischen freilich ein nur noch schwer zu durchdringender semantischer Nebel entstanden, in den die Beiträge zum ersten Panel „Arbeit in und an der Digitalisierung“, durch die mühsame Arbeit der Differenzierung, aufklärendes Licht werfen sollten.

Diese Aufklärungsfunktion soziologischer Forschung gehöre, wie Martin Kuhlmann und Barbara Splett (SOFI) in ihrem Eröffnungsvortrag „Arbeit in und an der Digitalisierung – (k)ein Ende der Arbeitsteilung?“ betonten, seit der Gründung und seit „Industriearbeit und Arbeiterbewusstsein“ von Horst Kern und Michael Schumann zum Kernanspruch des SOFI. Ausgehend von der Allgegenwart und der gleichzeitigen großen Unschärfe und Unterbestimmtheit des Digitalisierungsdiskurses gingen die beiden auf der Grundlage aktueller SOFI-Untersuchungen der Frage nach, welche Rationalisierungstendenzen und Arbeitswirklichkeiten

sich dahinter tatsächlich identifizieren lassen.

Digitalisierung zeichne sich durch eine große Vielfalt von Anwendungen und Erscheinungsformen aus und erweitere die betrieblichen Handlungsoptionen auf vielfältige Weise. Branchen und Tätigkeitsfelder seien zwar unterschiedlich intensiv, aber überall zunehmend von Digitalisierung betroffen: In Logistikbereichen würden Konzepte eines digitalen Taylorismus vorangetrieben, Krankenhausinformationssysteme beschleunigten die Informationsweitergabe und erhöhten Transparenz und Prozesssicherheit, in einigen Unternehmen

würden beratungsarme Geschäftsmodelle vorangetrieben. Zugleich zeichneten sich konkurrierende Konzepte bei der Gestaltung von Arbeits- und Organisationsformen ab. Zusammengekommen befördere dies eine wachsende Unsicherheit und Verunsicherung bei den beteiligten betrieblichen Akteuren. Bestandsaufnahmen und Analysen dieser Heterogenität seien ein wichtiger Beitrag arbeitssoziologischer Forschung zur Reduktion dieser Unsicherheit. Bei den Zusammenhängen zwischen Digitalisierung und Arbeit deuteten sich aber auch erste typische Muster an, die durch ein hohes Maß an Pfadabhängigkeit sowie die

Fortführung bekannter Trends geprägt seien: So verstärke die Entmischung von Routineabläufen und komplexen Aufgaben Polarisierungsprozesse, bei der Prozessbeherrschung hochautomatisierter Systeme würden funktionsintegrierte Aufgabenzuschnitte forciert, restriktiven Assistenzsystemen in Angelerntenbereichen stünden unterstützungorientierte Systeme bei Facharbeit gegenüber. In etlichen Betrieben sei nach wie vor offen, in welche Richtung sich Arbeit entwickelt.

Angesichts divergierender arbeitspolitischer Konzepte und erweiterter Gestaltungsmöglichkeiten gehe Digitalisierung mit einem wachsenden arbeitspolitischen Gestaltungsbedarf einher – auf den wichtige Akteure wie Personalbereiche oder betriebliche Interessenvertretungen aber nicht gut vorbereitet seien. Arbeitspolitische Herausforderungen stellten sich (1) bei den Aufgabenzuschnitten und Leistungsbedingungen, (2) bei den Mitgestaltungsmöglichkeiten an den technischen Systemen, (3) beim Umgang mit zunehmender Transparenz und Überwachung sowie (4) bei Qualifizierungsmöglichkeiten und der Überwindung der Trennung von Arbeiten und Lernen. Insgesamt lege Digitalisierung erweiterte Mitsprache- und Mitbestimmungsmöglichkeiten für die Beschäftigten als Grundlage für mehr gleichbe-

Vor diesem Hintergrund käme arbeits- und subjektorientierten Analysen, wie sie auch das SOFI tradiert hat und die einen besonderen Fokus auf den Umgang der Beschäftigten mit der Digitalisierung legen und Aneignungsprozesse in den Blick nehmen, weiterhin eine zentrale Bedeutung zu; auch vergleichende Fallstudien seien weiterhin wichtig. Eine aussagekräftige Arbeitsweltberichterstattung bleibe indes ein Desiderat, wie der – noch begrenzte und punktuelle – empirische Forschungsstand zum Zusammenhang von Digitalisierung und Arbeit erneut deutlich mache. Und schließlich müsse die Aufmerksamkeit der Arbeitsforschung verstärkt auch auf die Rekonstruktion, Analyse und Kritik arbeitspolitischer Leitbilder und ihrer gesellschaftlichen Voraussetzungen gerichtet werden.

Hieran knüpfte Brigitte Aulenbacher, Professorin für Soziologie an der Johannes Kepler Universität in Linz, als erste Kommentatorin mit ihren Anmerkungen zur – „sehr leitbildintensiven“, wie sie es nannte – „Digitalisierung des Sorgens“ an. Das weite Feld der Sorgearbeit, als Bearbeitung der Kontingenz des Lebens im Spannungsfeld ökonomischer Anforderungen und individueller wie gesellschaftlicher Ansprüche (unterschiedlicher Lebensweisen, Leitbilder, Berufs- und Professionsethiken), befinde sich in einer Phase der

Migrationsregimen, unterlägen einem entsprechend komplexen Wandel: durch Ablösung des Male Breadwinner- durch ein Adult Worker-Modell, die Entwicklung vom Welfare zum Workfare und Social-Investment-Staat, durch Entstehung neuer Märkte für Sorgearbeit und -leistungen und neuer Sorgegemeinschaften. Das führe zu einer forcierten Kommodifizierung und „Verprivatwirtschaftlichung“ von Sorgearbeit und des Sorgens, zu Akademisierung, Managerialisierung und zu gegenläufigen Tendenzen der Professionalisierung und Deprofessionalisierung von Arbeit.

Die Digitalisierung des Sorgens erweise sich als dazu quer liegende, heterogene Entwicklung. Aulenbacher wies auf einige anschauliche Digitalisierungsbeispiele in der medizinischen Betreuung, der Pflege und Überwachung sowie der Unterstützung der Lebensführung hin. Deutlich werde in ihnen die Fortschreibung eines überkommenen Fortschrittsverständnisses: Digitalisierung werde vor allem als Rationalisierung begriffen und gehe mit polarisierenden Begleiterscheinungen (etwa der weiteren Trennung von Expert/innen- und Erfahrungswissen oder der Hierarchisierung von Männer- und Frauenarbeit) einher. Daraus resultierten ambivalente Entlastungs- (von körperlicher Schwerarbeit und interaktiver Gefühlsarbeit) wie Auto-



V.l.n.r. Barbara Splatt, Martin Kuhlmann, Volker Baethge-Kinsky (alle SOFI); Brigitte Aulenbacher (JKU Linz), Boy Lüthje (Sun Yat-sen Universität, Guangzhou), Jörg Hofmann (Erster Vorsitzender der IG Metall)

rechtigte Kooperation nahe; sie sei aus betrieblicher Sicht eigentlich funktional und werde von den Beschäftigten auch gewünscht. Aber gerade diesbezüglich falle ein Blick auf die betrieblichen Realitäten nach wie vor ernüchternd aus.

Neuordnung. Die „Sorgeregime“ zwischen Privatwirtschaft, Staat, Drittem Sektor, Privathaushalten und sozialen Netzwerken, mit bezahlter oder unbezahlter Arbeit, geprägt von Beschäftigungs-, Wohlfahrts-, Geschlechter- und

nomieversprechen (einer technologisch gestützten Lebensführung und Rationalisierung der Alltagsorganisation).

Aus dem Blick auf die Neuordnung und die Digitalisierung des Sorgens werde

somit, so Aulenbacher, notwendig ein „Blick aufs Ganze“ – insbesondere auf die lebensweltlichen, sozialstaatlichen, aber auch transnationalen Einbettungen der Technikentwicklung. Zugleich stelle sich damit auch die wirtschaftsdemokratische Frage, die zugleich leitend für die Digitalisierungsdiskussion sein kann: Welche Sorgeerfordernisse sollen wie gesellschaftlich bearbeitet werden?

Auch der Kommentar von Boy Lühje, der den Lehrstuhl für Industrial Relations and Social Development an der Sun Yat-sen Universität in Guangzhou, China, innehat, vergrößerte noch einmal die Zumutungen einer Erweiterung und Differenzierung der Problematik. Mit seinen Bemerkungen über „Digitalisierung Made in China: Automatisierung und globale Produktionsnetze“ forderte er eine Globalisierung der Betrachtung von Technikentwicklung ein, insbesondere den Einbezug der „emerging economies“.

Seine Generalthese lautete: „Segmentierter Kapitalismus erzeugt segmentierte Digitalisierung“, und mit einer solchen habe man es im chinesischen Kontext zu tun. Zwar gebe es in China in Gestalt von „Made in China 2025“ einen strategischen Plan zur Transformation von Industriestrukturen, der allerdings keine „Technology Roadmap“ enthalte. Inszeniert als konzertierte Aktion von Unter-

und Arbeitnehmerrechten suche man in dieser strategischen Initiative vergeblich; Gewerkschaften, NGOs, Arbeits- und Sozialbehörden seien nicht beteiligt. Vor allem bewege sich das Ganze eben im Rahmen eines segmentierten Kapitalismus, in dem unterschiedliche Modelle ökonomisch-politischer Regulation – vom renovierten Staatskapitalismus über einen Netzwerkkapitalismus bis zum Marktdespotismus – miteinander konkurrierten. Das erzeuge unterschiedliche Transformationspfade auf sektoraler und regionaler Ebene, deren Merkmale Lühje an einigen Beispielen andeutete.

Als eine Kernschwäche erweise sich, und zwar in allen Modellvarianten, noch immer der Mangel an hochwertigem Produktionswissen. Bei den Produktionstechnologien und -modellen in China könne nicht von „Industrie 4.0“, sondern nur von „2.0“ und „3.0“ und nur von „nachholender Automatisierung“ die Rede sein, deren Auswirkungen auf den Arbeitsmarkt potenziell massiv seien, zu denen es aber keine aussagekräftigen Untersuchungen gebe. Die Automatisierung betreffe überwiegend Arbeitsmigrant/innen, die dann vom lokalen Arbeitsmarkt aber einfach verschwinden würden. In puncto industrielle Beziehungen und Arbeitspolitik sah Lühje fast nur Leerstellen des chinesischen Kapitalismus: etwa bei der Einbeziehung von Arbeiter/innen in den

Rolle der Gewerkschaften bei Rationalisierung und Arbeitsgestaltung.

Jörg Hofmann, Erster Vorsitzender der IG Metall, zielte mit einem weiteren Kommentar schließlich auf interessen- und arbeitspolitische Fragen im Herzen der „old economy“ Deutschlands. 50 Jahre SOFI heiße auch 50 Jahre Kooperation zwischen Gewerkschaften und sozialwissenschaftlicher Forschung und speziell der engen Kooperation zwischen IG Metall und SOFI. Er formuliere seine Anmerkungen ganz in dieser Tradition und im Sinne eines „Nutzers guter Forschung“.

Auch Hofmann betonte, dass es wichtig sei, semantische Kurzschlüsse, die mit dem „Hype“ von Begriffen wie Digitalisierung oder auch Plattformökonomie verbunden ist, zu vermeiden und nüchtern zu betrachten, was konkret dahinterstecke. Bei den heutigen Prozessen von Automatisierung und Rationalisierung gebe es durchaus, wie Kuhlmann und Splett argumentiert hatten, große Pfadabhängigkeiten, und die disruptiven Tendenzen seien überschaubar. Dramatisch sei weniger der absehbare Beschäftigungssaldo, d.h. die Frage der Arbeitsplatzverluste, als vielmehr die Beschleunigung der Prozesse und damit zusammenhängend die Problematik der nötigen Mobilität von Arbeit.



Boy Lühje (Universität Guangzhou), Martin Kuhlmann (SOFI), Jörg Hofmann (IG Metall)

nehmen, nationaler und lokaler Regierungen, komme in diesem Rahmen und anders als früher vor allem nicht-staatlichen Großunternehmen („new multinationals“) eine Schlüsselrolle zu. Nach einem Upgrading von Arbeit, Qualifikation

Umbau von Arbeit und Organisation, dem Schutz von Lohnstandards, Sozialleistungen, Qualifikation auf betrieblicher Ebene, bei Tarifverhandlungen und Mitbestimmung generell bzw. im Hinblick auf die traditionell problematische

Er verdeutlichte dies am Beispiel Automobilindustrie anhand von vier Tendenzen: Durch die Umstellung auf Elektroantriebe müssten bis 2030 ungefähr 80.000 Beschäftigte eine andere Tätigkeit finden; der Einsatz Künstlicher

Intelligenz im Angestelltenbereich wirke als Rationalisierungstreiber, der nach Schätzungen im gleichen Zeitraum mindestens die Hälfte der Tätigkeiten in Vertrieb und Finanzbuchhaltung treffen werde; auch im Bereich Logistik sei in den nächsten 12 Jahren mindestens die Hälfte der (insgesamt etwa 160.000) dort Beschäftigten von weitreichenden Automatisierungsmaßnahmen betroffen; gewiss entstünden auch neue Arbeitsplätze durch neue Geschäftsmodelle am Rande (Stichwort „Mobilitätsservices“), allerdings bestehe hier die große Gefahr einer Prekarisierung und Verschlechterung der Beschäftigungsbedingungen.

Zum Thema „Arbeit (und Forschung) an der Digitalisierung“ formulierte der IG-Metall-Vorsitzende offene Fragen: Zum einen, wie Solidarität – als konstitutive Machtressource abhängiger Arbeit – sich in einer digitalen Arbeitswelt neu entwickeln und gestaltet werden könne. Zum zweiten sehe auch er, ähnlich wie Kuhlmann und Splett, einen empfindlichen Mangel an einer auch interessenpolitisch nutzbaren „Arbeitsweltberichterstattung“, die es auch erlaube, die dynamischen Veränderungsprozesse zu „skalieren“. Und zum dritten

Das laufe letztendlich auf eine Debatte darüber hinaus, was man früher einmal Klassenbewusstsein genannt habe: über ein politisches Handeln in gesellschaftlicher Verantwortung auch jenseits der Betriebsgrenze und als letztlich Triebkraft gewerkschaftlicher Politik.

In der kurzen Diskussion, die auf diese vier Beiträge noch folgte, unterstrich auch Barbara Splett noch einmal, dass Vorsicht gegenüber gängigen Generalthesen und -prognosen ad Digitalisierung geboten sei. Wichtig sei hingegen, die Arbeitsentwicklung in einer subjektiven „Aneignungsperspektive“ aus Sicht der Gestaltungsmöglichkeiten der Beschäftigten zu betrachten: nicht nur, was Digitalisierung mit ihnen macht, sondern was sie selbst mit und aus der Digitalisierung machen. Das könne beim Einsatz ein und derselben Digitalisierungstechnik höchst unterschiedlich sein, sowohl im Hinblick auf Aneignung neu entstehender Handlungsspielräume wie auch auf Formen des Widerstands.

Eine ganze Reihe weiterer Diskussionsbeiträge bezog sich ebenfalls auf das Thema der Gestaltung des digitalen Wandels. Während es früher das Leitbild einer

sei die Forderung nach Arbeitszeitverkürzung – früher im Zentrum der Rationalisierungsdebatte – als übergreifende politische Perspektive noch nirgends benannt worden. Dagegen betonte Jörg Hofmann, dass es sehr wohl bereits ein Leitbild guter Arbeit gebe, wichtiger sei für ihn die Frage: „Kommt keiner unter die Räder?!“ Die Transformation sei vor allem ein gigantisches Umqualifizierungs- und Personalentwicklungsproblem. Den Beschäftigungssaldo sehe er nicht als so problematisch an, zumal man sich heute quasi im Zustand der Vollbeschäftigung befinde. Und bei aller „Verbetrieblichung“ bleibe die Rahmung und Absicherung durch Tarifverträge wichtig, um die soziale Gerechtigkeit der Transformation zu gewährleisten.

Auch Brigitte Aulenbacher ging abschließend noch einmal auf die Leitbildfrage ein. Das Leitbild „gute Sorge“ sei in besonderer Weise umkämpft, „gute Sorge“ bedeute nicht gleich „gute Sorgearbeit“ – und umgekehrt. Kein Wunder also, dass sich hier in letzter Zeit neue Formen der Interessenpolitik (Stichwort „Sorgeproteste“) herausgebildet haben. Digitalisierung werde im Zuge der Neuordnung des Sorgens immer wieder als



stelle sich – gerade wenn man den Anspruch der Gestaltung der digitalen Arbeitswelt ernstnehme – die Frage nach den Machtressourcen und den Formen von Konflikt und Konfliktbewältigung in einem gründlich veränderten Umfeld.

Humanisierung der Arbeitswelt gegeben habe, fehle es derzeit an einem neuen. Dabei liege der Gestaltungsschwerpunkt offenbar zunehmend im Betrieb – was aber heiße das für das Selbstverständnis der Gewerkschaften? Schließlich

Lösung sozialer und ökonomischer Probleme propagiert, obwohl sie selbst im Grunde zu diesen Problemen gehöre bzw. neue Probleme schaffe. Ein Befund, der sich wohl verallgemeinern lässt.

Panel 2

Polarisierung(en) durch prekäre Arbeit?

50
JAHRE
SOFI

Thomas Stieber

Ausgehend von der Frage, inwiefern die Zunahme prekärer Arbeit zu Polarisierung(en) beiträgt, schlugen Nicole Mayer-Ahuja und Natalie Grimm in ihrem Vortrag einen weiten Bogen. So verwiesen sie auf frühere Beiträge des SOFI zur, spätestens seit Ende der 1990er-Jahre in Gang gekommenen, wissenschaftlichen Debatte über die Prekarisierung von Arbeit. Eine wichtige Rolle spielte schon damals die Abgrenzung von den empirisch nicht nachweisbaren Polarisierungsannahmen der Exklusionsdebatte (Verortung im Drinnen oder Draußen) und die Erkenntnis, dass sich viele Betroffene zwischen den Sphären hin und her bewegen. Des Weiteren spielte am SOFI die Frage nach der Definition von prekärer Arbeit schon früh eine Rolle. So schlug etwa Nicole Mayer-Ahuja vor, von einem prekären Potenzial eines Beschäftigungsverhältnisses zu sprechen, wenn dieses in materieller, rechtlicher und betrieblicher Hinsicht hinter den Integrationsstandards zurückbleibe, die durch das sogenannte Normalarbeitsverhältnis gesetzt werden – selbst wenn „Normalarbeit“ alles Andere als „normal“, sondern je nach historischem und sozial-räumlichem Kontext spezifisch sei und das prekäre Potenzial auch vom jeweiligen Haushaltskontext abhängt.

Am SOFI nimmt seit der wegweisenden Studie „Industriearbeit und Arbeiterbewusstsein“ von Horst Kern und Michael Schumann die Frage nach der Fragmentierung von Belegschaften eine zentrale Rolle ein. Dabei ist SOFI-Forschung zu Prekarisierungstendenzen bislang in erster Linie eine Geschichte der Erforschung von prekärer Erwerbsarbeit gewesen. Dieser Fokussierung liegt die Annahme

Kurz: Die Erforschung von prekärer Arbeit, Prekarisierung und den damit möglicherweise verknüpften Polarisierungstendenzen ist ein anspruchsvolles Vorhaben, dem sich SOFI-Forschung bereits seit langem widmet. Vor diesem Hintergrund stellten Mayer-Ahuja und Grimm die Frage nach sinnvollen Weiterentwicklungsmöglichkeiten dieser Forschungstradition und präsentierten die entsprechenden Überlegungen aus

Arbeitsforschung darin bestehen, zwei bislang weitgehend getrennte analytische Zugriffe auf Arbeit systematischer aufeinander zu beziehen. Dabei handele es sich einerseits um die ‚klassisch‘ arbeitssoziologische Forschung zu Fragen von betrieblicher Arbeitsorganisation, Kontrolle und subjektiver Verarbeitung derselben, die in der Regel auf die (meist männlich dominierten) Kernbelegschaften von Großunternehmen mit



kpw-photo.com

Referierten gemeinsam über das Thema „Polarisierung(en) durch prekäre Arbeit?“ – Natalie Grimm (SOFI, links) und Nicole Mayer-Ahuja (SOFI, rechts)

zugrunde, dass in einer Gesellschaft, die durch den strukturellen Interessengegensatz von Kapital und Arbeit geprägt ist, Dynamik vor allem in Veränderungen von Arbeit und Arbeitswelt Ausdruck findet.

der SOFI-Forschungsperspektive „Sozioökonomie von Arbeit“ anhand von vier Punkten.

Erstens könnte ein genuiner Beitrag des SOFI zur Weiterentwicklung der

etablierten Strukturen der kollektiven Interessenvertretung fokussieren – in der Sprache der Prekaritätsforschung also letztlich auf Lohnarbeiter/innen, die der Zone der Integration zuzuordnen seien. Andererseits gehe es um Forschung zu

prekärer Arbeit, in der vor allem Arbeitsmarktdynamiken, Beschäftigungsverhältnisse und deren Auswirkungen auf das private Leben, die Erwerbsbiografie usw. thematisiert und üblicherweise andere Gruppen von Arbeitenden betrachtet werden. Indem diese beiden Perspektiven von SOFI-Forschung stärker miteinander ins Gespräch gebracht würden, könnten ein doppelter Verfremdungseffekt ausgelöst und eine ganze Reihe von Fragen aufgeworfen werden, die bislang unterbelichtet seien. Wie gestalten sich betriebliche Machtressourcen im Falle prekärer Arbeit – wie wird sie organisiert und vor allem kontrolliert, wenn Jobs nicht dauerhaft sind und damit bestimmte Formen der Loyalitätssicherung (wie steigende Vergütung, Expertenstatus oder betriebliche Aufstiegswege) wegfallen? Aber auch: Welche Fragen werfen die Befunde der Prekaritätsforschung umgekehrt für die Analyse der Arbeit von „stabilen Belegschaften“ auf? Zwar dürften familiäre oder ethnische Abhängigkeitsverhältnisse, Verschuldung oder Gewalt, denen eine so zentrale Bedeutung für prekäre Teile des Arbeitsmarktes zugeschrieben wird, unter Bedingungen stabiler, politisch regulierter Lohnarbeit weniger prägend sein – doch könne man tatsächlich davon ausgehen, dass extra-legale Aspekte von Disziplinierung und Kontrolle hier keinerlei Rolle spielten?

Referentinnen, dass der Haushaltskontext die Erwerbsarbeit immer, aber nicht immer im selben Maße präge. Trage man diesbezüglich ähnliche Fragestellungen sowohl an den prekären wie auch an den nicht-prekären Bereich der Arbeitswelt heran, dann werde deutlich, dass sich scheinbar ähnliche Phänomene unterschiedlich oder gar gegensätzlich auswirken können. So könne z. B. der Umstand, dass Unternehmen Wohnraum stellen, in einem Fall Ausdruck verschärfter Ausbeutung sein: Hier wurde die Situation der mehrheitlich osteuropäischen und meist über Subunternehmen oder Leiharbeit beschäftigten Arbeitskräfte in der norddeutschen Schlacht- und Fleischzerlege-Industrie geschildert. Durch die Koppelung von Arbeitsverhältnis, Unterkunft und Transport zwischen Wohn- und Arbeitsort werden Beschäftigte nicht nur deutlich enger an ein Unternehmen gebunden, als es durch den reinen Arbeitsvertrag möglich wäre, sondern sind durch diese „Paketlösung“ zugleich mit extrem niedrigen Löhnen konfrontiert, da die Kosten für Unterkunft und Transport direkt einbehalten werden. Im anderen Fall hingegen, bei qualifizierter Facharbeit, deutet die Zur-Verfügung-Stellung von Wohnraum darauf hin, dass sich die Verhandlungsbedingungen von Arbeitenden im Zuge geringer Arbeitslosenzahlen und des viel diskutierten Fachkräftemangels verbessern – dies dürfte

sich durch die Notwendigkeit der Reproduktion von Arbeitskraft ergeben – ganz gleich, ob es sich um stabil oder um prekär Beschäftigte handele.

Drittens wurde argumentiert, dass der Einfluss der politischen Regulierung von Arbeit, die üblicherweise vor allem bei prekärer Beschäftigung zur Sprache komme, auch für scheinbar stabil Beschäftigte untersucht werden müsse. Zu erwarten sei, dass auch politische Regulierung eine polarisierende Wirkung entfalten könne. Um dies zu beleuchten, müsse allerdings die ‚traditionelle‘ Arbeitsteilung zwischen der Betrachtung von Arbeitsmarktdynamiken und der politischen Regulierung des Arbeitsmarktes auf der einen Seite (die in der Prekaritätsforschung gang und gäbe sei) und der Analyse von Organisation und Kontrolle von Arbeit im betrieblichen Kontext auf der anderen Seite (als traditioneller Fokus der Arbeitssoziologie) überwunden werden, so die Referentinnen. Zielführend sei es vielmehr, gerade die Wechselwirkungen zwischen betrieblichen „politics in production“ und „politics of production“, zu denen nicht zuletzt politische Regulierung gehöre, in den Blick zu nehmen. Hier müssten insbesondere zwei Forschungslücken geschlossen werden. Zum einen müsse stärker als bisher untersucht werden, wie sich der (durch staatliche Politiken der Prekarisierung



Thomas Goes (SOFI), Martin Kronauer (HWR Berlin), Marcel van der Linden (IISH Amsterdam)

Zweitens wurde dafür plädiert, die vielfältigen und komplexen Wechselwirkungen zwischen der betrieblichen Nutzung von Arbeitskraft und deren Reproduktion stärker in den Blick zu nehmen. Hier veranschaulichten die

der Hintergrund dafür sein, dass aktuell Unternehmen wieder Werkswohnungen anbieten, um gefragte Arbeitskraft anzuwerben. Grundsätzlich, so die Referentinnen, gehe es darum, die Spannungsverhältnisse zu analysieren, die

geförderte) prekäre Beschäftigungsstatus auf die Position und die Handlungsmöglichkeiten von Arbeitenden innerhalb von Unternehmen auswirkt. Zum anderen werde die Frage nach dem Einfluss politischer Regulierung

auf die Organisation und Kontrolle von stabiler, nicht-prekärer Arbeit nach wie vor kaum gestellt. Eine polarisierende Wirkung sei hinsichtlich der politischen Regulierung von Arbeit jedenfalls insofern zu konstatieren, als nicht alle Beschäftigte im selben Maße von diesen Regulierungen betroffen seien. Dies zeige sich etwa am Beispiel des Arbeitslosengeld II und den damit verknüpften Sanktionsmöglichkeiten, die prekär Beschäftigte mit häufigen Jobwechseln und Phasen der Arbeitslosigkeit massiv betreffen, während die Wirkung auf Arbeitende mit dauerhaften Verträgen und ununterbrochenen Erwerbsbiografien (trotz aller Einschüchterungswirkung) eher indirekt sei. Noch drastischer falle die polarisierende Wirkung politischer Regulierung mit Blick auf migrantische Arbeit aus. Hier führe die starke Verquickung von Arbeit und Aufenthaltsrecht dazu, dass Migrant/innen in der Praxis weit weniger Handhabe gegen besonders gravierende Auswüchse prekärer Beschäftigung hätten als deutsche Staatsbürger/innen. Zu guter Letzt wiesen die Referentinnen darauf hin, dass die politische Regulierung in der Regel stark von Unterschieden und Verschiebungen im Verhältnis von Kapital und

müsse die Forschung zu prekärer wie zu nicht-prekärer Arbeit systematischer als bisher berücksichtigen.

Viertens sei zu fragen, was SOFI-Forschung zu prekärer Arbeit als Ausdruck der Dynamik des Kapitalismus zu sagen habe. Zwar stütze sich die Arbeitssoziologie vor allem auf empirische Momentaufnahmen, doch gleichzeitig müsse man sich in Zukunft verstärkt um die Rekonstruktion von Veränderungen im Zeitverlauf bemühen. Dies werde am SOFI, vor allem mit arbeitssoziologischen Sekundäranalysen im eLabour Projekt, seit einiger Zeit versucht. Des Weiteren sollten prekäre und nicht-prekäre Arbeit nicht getrennt, sondern als miteinander verbundene Teile einer sich ungleich entwickelnden Arbeitswelt begriffen werden. Immerhin seien zum einen Stamm- und Randbelegschaften im betrieblichen Alltag, junge Erwachsene mit prekärem Vertrag und Ältere mit „Normalarbeitsverhältnis“ oft in einer Familie miteinander verbunden. Zum anderen bedeute Polarisierung in diesem Zusammenhang auch, dass die Beschäftigung der einen Gruppe oft auf Kosten der anderen stabilisiert werde – etwa wenn flexible Arbeitszeiten von

Arbeitenden in Deutschland zu analysieren, sondern könne auch zu einem besseren Verständnis von transnationalen Zusammenhängen beitragen, weil auch Arbeitende im „Globalen Norden“ und „Süden“ (etwa im Rahmen globaler Produktionsnetzwerke) direkt miteinander verbunden seien, was (trotz der Betroffenheit durch ähnliche Politiken von Prekarisierung) ökonomische Ungleichgewichte noch verschärfen könne. Entsprechend wurde darauf hingewiesen, dass die Dynamik des gegenwärtigen Kapitalismus wohl nicht verstanden werden könne, solange ‚klassische‘ Fragen nach den Veränderungen von Klassenstruktur nicht revitalisiert und für die Arbeitswelt des 21. Jahrhunderts nutzbar gemacht würden.

Drei Kommentare griffen unterschiedliche Aspekte des Vortrags auf. Ingrid Artus (Friedrich-Alexander-Universität Erlangen-Nürnberg) teilte grundsätzlich die Diagnose bezüglich des Verhältnisses zwischen prekärer und stabiler Erwerbsarbeit und fokussierte daher in ihrem Kommentar in erster Linie auf die zukünftige Agenda für die Arbeitsforschung. Nachdem sie den von Grimm



Nicole Mayer-Ahuja (SOFI), Natalie Grimm (SOFI)



kpw-photo.com

Arbeit beeinflusst werde – so gälten staatliche Vorgaben vor allem dort, wo es Arbeitenden und ihren Gewerkschaften nicht gelungen sei oder nicht mehr gelinge, kollektive Regulierungsstandards durchzusetzen. Auch dies

Hochqualifizierten durch die prekären Jobs von Hausangestellten ermöglicht würden. Dieses Bild einer ungleichen, aber verbundenen Entwicklung helfe nicht nur, Verbindungen und Spaltungslinien zwischen Gruppen von

und Mayer-Ahuja vorgestellten Ansatz als ein äußerst begrüßenswertes Plädoyer für einen ‚Blick aufs Ganze‘ charakterisiert hatte, kommentierte sie die Zusammenhänge von Erwerbsarbeit und Haushalt („das ganze Leben“),

Erwerbsarbeit und staatlicher Regulierung („die gesamte Gesellschaft“) und von globalem Norden und Süden („die ganze Welt“). Die deutlichste Kritik äußerte Artus bei Erstgenanntem. Hier müssten die Verkürzung der Arbeitsforschung auf die Erwerbsarbeit überwunden und die vielfältigen Wechselwirkungen zwischen bezahlter und unbezahlter Arbeit beleuchtet werden. Bezüglich der beiden anderen Blickrichtungen „auf das Ganze“ brachte Artus keine explizite Kritik, sondern vielmehr weiterführende Gedanken ins Spiel. So müsse laut Artus der Zusammenhang zwischen betrieblicher und politischer Herrschaft – etwa zwischen postdemokratisch-autoritärem Eatismus und der Despotie im Betrieb – zu einem wichtigen Forschungsfeld für eine kritische Arbeitssoziologie werden. Und mit Blick „auf die ganze Welt“ plädierte Artus für eine stärkere Fokussierung auf Bewusstseinsstrukturen, für die Reaktivierung eines klassenanalytischen Forschungsansatzes sowie für mehr Interdisziplinarität.

Marcel van der Linden (International Institute of Social History, Amsterdam) wies in seinem Kommentar zunächst

Eine Norm sei es lediglich für ca. 20 % der Weltbevölkerung und das für gerade einmal 40 Jahre gewesen. Die soziale Phase des Kapitalismus sei relativ kurz und räumlich beschränkt gewesen, und nun beobachte man auch im globalen Norden eine zunehmende Verschiebung des Klassen-Gleichgewichts zugunsten der Kapitaleseite, so van der Linden. Ausgehend von dieser These skizzierte er drei mögliche Projektideen für die künftige Arbeitsforschung: Die Beschäftigung mit Prozessen der – nicht zuletzt durch neue Technologien ermöglichten – Dezentralisierung von Unternehmensstrukturen und ihren Auswirkungen sowohl auf den Arbeitsprozess als auch auf die Machtverhältnisse zwischen Kapital und Arbeit; die Durchleuchtung der komplexen Vertrags- und Abhängigkeitsbeziehungen von multinationalen Konzernen und globalen Produktionsketten; schließlich die Suche nach Alternativen zu klassischen Tarifverträgen, die für atypisch bzw. prekär Beschäftigte oft wenig hilfreich seien.

Martin Kronauer (Emeritus der Hochschule für Wirtschaft und Recht Berlin) bezeichnete die im einführenden

des Exklusionsbegriffs für wenig sinnvoll. Dass sich Menschen zwischen den Sphären bewegen, spricht laut Kronauer nicht gegen den Exklusionsbegriff, der unbedingt trennscharf zwischen Prekarität und Exklusion unterscheiden müsse, wenn er brauchbare Ergebnisse liefern soll. Des Weiteren äußerte Kronauer Zweifel an der allgemeinen theoretischen Rahmung. So wies er darauf hin, dass der Fokus auf Polarisierungen zwischen Lohnabhängigen letztlich in die Irre führe. Im Verhältnis zwischen Arbeitenden solle man eher von Spaltungen sprechen, die politisch und von der Kapitaleseite gefördert würden. Gesellschaftliche Polarisierung komme hingegen darin zum Ausdruck, dass der „Zone der Exklusion“ eine „Zone der Exklusivität“ (der Kapitalbesitzer bzw. gesellschaftlichen Eliten) gegenüberstehe, von der die Spaltungen ausgingen. Dies werde in dem von Mayer-Ahuja und Grimm vorgestellten Ansatz allenfalls am Rande thematisiert.

In der anschließenden, sehr lebhaften Diskussion wurden viele Anregungen der Kommentator/innen aufgegriffen und eine Reihe neuer Akzente gesetzt,



V.l.n.r. Thomas Eilt Goes, Nicole Mayer-Ahuja, Natalie Grimm (alle SOFI); Ingrid Artus (FAU Erlangen-Nürnberg), Martin Kronauer (HWR Berlin), Marcel van der Linden (IISH Amsterdam)

darauf hin, dass das sogenannte Normalarbeitsverhältnis historisch und global betrachtet in Wirklichkeit alles andere als normal sei, sondern vielmehr eine Ausnahme oder Anomalie in der Globalgeschichte des Kapitalismus darstelle.

Vortrag zu diesem Panel genannten Überlegungen als eine sinnvolle Zusammen- und wichtige Weiterführung der bisherigen SOFI-Forschung. Nichtsdestotrotz hielt er die Relativierung und begriffliche Aufweichung

die letztlich das Schlusswort des Vortrags von Nicole Mayer-Ahuja und Natalie Grimm bestätigten: Es bleibt genug zu tun für die nächsten 50 Jahre Forschung am SOFI.

Panel 3

Polarisierungen der Lebensverhältnisse



Rüdiger Mautz

Soziale Ungleichheit speist sich aus unterschiedlichen Quellen: Sie kann sich, wie in den Panels 1 und 2 deutlich wurde, aus Umbrüchen in der Arbeitswelt, etwa der Zunahme prekärer Beschäftigungsformen ergeben und – als Folge davon – in einer immer weiter auseinanderklaffenden Einkommens- und Vermögensverteilung in der Bevölkerung zum Ausdruck kommen. Eine andere Perspektive auf soziale Ungleichheit stand in den Vorträgen und Diskussionsbeiträgen des Panels 3 im Zentrum: Im Fokus standen Verteilungskonflikte um öffentliche Güter sowie daraus resultierende Polarisierungen von Lebensverhältnissen und -chancen.

Mit der thematischen Schwerpunktsetzung auf öffentliche Güter wurde ein soziologisches Untersuchungsfeld in den Blick genommen, das in Zeiten der Liberalisierung und Privatisierung öffentlicher Daseinsvorsorge ein wenig in den Hintergrund getreten war, das aber, wie Berthold Vogel und René Lehweß-Litzmann (SOFI) in ihrem gemeinsamen Vortrag deutlich machten, unter den Gesichtspunkten von sozialer Gerechtigkeit und Demokratieentwicklung von hoher Aktualität ist. Normativer Bezugspunkt ihrer Bestandsaufnahme war das im Grundgesetz verankerte Gebot der Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse: Dieses Gebot sei angesichts sozialräumlicher Spaltungen zunehmend gefährdet. Man habe es hier nicht mit der einen zentralen Spaltungslinie (etwa zwischen Stadt und Land), sondern mit neuen „(Mikro-)Polarisierungen“, zum Beispiel zwischen unterschiedlichen städtischen Quartieren oder sich unterschiedlich entwickelnden ländlichen Räumen, zu tun, die über die Verteilung von Wohlfahrt und Lebenschancen (mit-)entscheiden. Es handele sich dabei immer auch um die Frage „Wem wird genommen und wem wird gegeben?“

Für Berthold Vogel berührt diese Frage die „innere Mechanik moderner Gesellschaften“, da es um Probleme der Legitimation und Gerechtigkeit, der sozialen Balance und der Akzeptanz von Ungleichgewichten gehe. Angesichts der daraus resultierenden Verteilungskonflikte gebe es, so Vogel, diskursive wie praktische Versuche ihrer Entschärfung: Abmoderation von Ansprüchen; Umdeutung von Ungleichheiten in wünschbare Vielfalt; Relativierung von Konflikten durch Beschwörung des gesellschaftlichen Zusammenhalts. Damit

werde nicht nur die Norm der Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse unterlaufen – vielmehr drohe auch die Gefahr, dass durch Ungleichverteilung öffentlicher Güter ihre Funktion des „social equalizing“ im modernen Rechts- und Sozialstaat (weiter) geschwächt werde. Bei aller Kritik daran, wie unsere Gesellschaft mit solchen Verteilungskonflikten umgeht: Forschungsergebnisse des SOFI, auf die Vogel verwies, eröffneten durchaus Lichtblicke, insofern Gegen Tendenzen zu den beschriebenen Entwicklungen sichtbar wurden. Trotz allen Wandels der Arbeit auch in der öffentlichen Verwaltung dominiere hier nach wie vor ein „wertorientiertes Arbeitsbewusstsein“, das sich an „Normen des Gemeinwohls“ und einem Berufsbild „jenseits des Marktes“ orientiere. Zudem lasse sich an einer Topografie „Sozialer Orte“ zeigen, unter welchen Bedingungen sich partizipative Prozesse, gelebte Demokratie und innovative Kooperationen – etwa von öffentlicher Verwaltung, Zivilgesellschaft und Wirtschaft – auf lokaler Ebene entfalten können. All das wirke sozialen und räumlichen Polarisierungen entgegen und verdeutliche: „Es braucht Virtuosen des Wandels statt Verwalter des Niedergangs“.

René Lehweß-Litzmann richtete den Blick auf Gerechtigkeitsfragen bei der Finanzierung öffentlicher Güter. Die gegenüber dem produzierenden Sektor geringere Produktivitätszunahme im Bereich personeller Dienstleistungen bei gleichen Erwartungen an Lohnsteigerungen setze Teile der öffentlichen Daseinsvorsorge zunehmend unter Kostendruck. Dies erfordere Finanzierungsmodelle, mit denen verhindert werden könne, dass ungleiche Produktivitätsentwicklungen zu einer (weiteren)

Polarisierung gesellschaftlicher Teilhabechancen führt. Lehweß-Litzmann ließ keinen Zweifel daran, dass er den Staat hier in einer doppelten Verantwortung sieht: Zum einen in seiner distributiven Rolle – als die zentrale Instanz, die zu einer möglichst gerechten Mittelverteilung für öffentliche Güter verpflichtet sei. Zum anderen in seiner fiskalpolitischen Rolle – als ein ganz überwiegend über Steuern sich finanzierender Staat. In der Frage der Steuergerechtigkeit habe man, so Lehweß-Litzmann, durchaus unterschiedliche Gerechtigkeitsprinzipien und -maßstäbe gegeneinander abzuwägen. Die asymmetrische Produktivitäts- und Lohnentwicklung, deren Vorteile nur einem Teil der Beschäftigten zu Gute kämen, liefere jedoch gute Argumente für Modelle der progressiven Besteuerung von Einkommen und Vermögen – wobei die Durchsetzung von Steuergerechtigkeit immer eine politische, keine rein steuertechnische Frage sei. Erfahrungen von Ungleichheit würden heute aber nicht nur im nationalen, sondern zunehmend auch im transnationalen Rahmen gemacht. Dies berühre die Frage der Handlungsfähigkeit von Nationalstaaten im Umgang mit Verteilungskonflikten. Welche Schwierigkeiten hier zu überwinden sind, zeigte Lehweß-Litzmann am Beispiel der Europäischen Union auf: Trotz aller Bemühungen sei es im Zuge des europäischen Integrationsprozesses bisher nicht ausreichend gelungen, die Möglichkeiten transnationaler Koordination und Umverteilung zu nutzen. Angesichts wechselseitiger steuerlicher Unterbietung, konkurrierender Standards im Bereich von Beschäftigung und öffentlicher Daseinsvorsorge sowie der mehrheitlichen Ablehnung einer Transferrunion drohe die Gefahr, dass die EU

ihre eigene Legitimation untergrabe und euroskeptische Haltungen bestärke.

Notwendig sei, so das Schlussresümee der beiden Referenten, dass sich die Gesellschaftswissenschaften stärker theoretisch-konzeptionell wie auch empirisch mit Fragen öffentlicher Güter und Infrastrukturen auseinandersetzen. Die normative Formel der ‚Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse‘ bedürfe „wissenschaftlicher Vitalisierung und Bekräftigung – im lokalen wie im europäischen Kontext“.

In Ihrem Kommentar bekräftigte Silke van Dyk (Friedrich-Schiller-Universität Jena) die Aktualität der Verteilungsfrage angesichts einer Situation, in der öffentliche Güter knapp würden und neue Bedarfe entstünden. Angesichts des staatlichen Rückzugs aus bestimmten Bereichen der Daseinsvorsorge stelle sich die Frage, für welche Dienstleistungen der Staat zuständig bleiben müsse und was andere Akteure, insbesondere die ehrenamtlich bzw. in der Freiwilligenarbeit Engagierten übernehmen könnten. Diese Frage stelle sich auch deswegen, weil eine zunehmend ideologisch geleitete Umdeutung der sozialen Frage in eine „Frage der fürsorglichen Gemeinschaft“ zu beobachten sei. Hier entstünde eine Art „Community-Kapitalismus“, der das Potenzial von Nachbarschaften, Vereinen und ehrenamtlichen

zudem auf Leerstellen in der Arbeitssoziologie, auch der des SOFI, hinzuweisen. Am exemplarischen Beispiel des Pflegebereichs, in welchem die Freiwilligenarbeit stark zugenommen habe, werde deutlich, dass sich gesellschaftliche Polarisierungstendenzen auch in der sozialen Spaltung beim ehrenamtlichen Engagement zeigten. Im Zuge der Monetarisierung bestimmter Formen des Engagements, etwa durch Aufwandsentschädigungen, werde die Informalisierung und Prekarisierung von sozialen Aktivitäten vorangetrieben: Hier entstünde eine von der Arbeitssoziologie bisher vernachlässigte „Grauzone“ zwischen Erwerbsarbeit und freiwilligem Engagement, wobei die Übergänge zum Niedriglohnsektor und zur Schattenwirtschaft fließend seien. Es seien vor allem einkommensschwache Menschen (z. B. Hartz-IV-Empfänger), die auf solche Formen monetarisierten Engagements (nicht nur im Pflegebereich) finanziell angewiesen seien, und es seien häufig bedürftige Menschen, die ein solches Engagement in Anspruch nähmen. Zugespitzt könne man sagen: Prekäre helfen Armen oder Bedürftigen in einer völlig neuen Sphäre der Daseinsvorsorge, aus der sich der Staat zurückgezogen habe. Damit würden solche Formen des Engagements zu „Seismografen lokaler Versorgungsdefizite“. Mit Sorge betrachte sie zudem, dass Verteilungskonflikte vor dem Hintergrund der aktu-

Hilfe drohe damit mehr und mehr zum Schauplatz neuer Versorgungskonflikte zwischen Geflüchteten und deutschen Bedürftigen zu werden.

Jens Kersten (Ludwig-Maximilians-Universität München) stellte seinem Vortrag aus einer rechtswissenschaftlichen Perspektive die Frage voran, was das deutsche Grundgesetz zur Polarisierung der Lebensverhältnisse sage. Wie könne man hier auf der Grundlage unserer Verfassung normativ argumentieren? Dies ist für Jens Kersten nicht zuletzt deswegen eine zentrale rechtspolitische Frage, da man die Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse nach wie vor als das „soziale Inklusionsversprechen unserer Republik“ bezeichnen könne. In einem gewissen Kontrast dazu stehe, dass der Begriff der Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse im Grundgesetz an einer eher versteckten Stelle zu finden sei (im Art. 72, Abs. 2) und nach jüngerer Auslegung des Bundesverfassungsgerichts (BVG) lediglich als Minimalgarantie verstanden werden könnte. Entgegen dem ersten Anschein stelle das Grundgesetz jedoch sehr weitgehende Anforderungen an die Gestaltung des sozialen Zusammenhalts unserer Gesellschaft. Dies geschehe allerdings nicht durch in sich geschlossene Abschnitte über das Gemeinschafts- oder Wirtschaftsleben (wie es noch in der Weimarer Reichsverfassung der Fall gewesen sei). Vielmehr



René Lehwéß-Litzmann (SOFI), Silke van Dyk (Universität Jena), Jens Kersten (LMU München)

Initiativen entdecke. In Abgrenzung von der „extrem affirmativen“ Forschung zum zivilgesellschaftlichen Engagement sei es wichtig, so Silke van Dyk, einen kritischen Blick auf dieses Feld gesellschaftlichen Handelns zu werfen und

ellen Flüchtlings- und Migrationspolitik in der öffentlichen Debatte zunehmend nationalistisch aufgeladen würden: Damit werde versucht, die Geflüchteten vom Gebot der gleichwertigen Lebensverhältnisse auszuschließen – karitative

enthalte das Grundgesetz wichtige „normative Fragmente“, die etwas zu diesem Punkt aussagten und auch in der Rechtsprechung des BVG zum Ausdruck kämen. So seien die im Art. 2 garantierten Freiheitsrechte nach Auffassung des

BVG nicht nur als Abwehrrechte gegenüber dem Staat, sondern auch als Schutzpflichten und Teilhaberechte zu verstehen. Von zentraler Bedeutung sei zudem das Sozialstaatsgebot, aufgrund dessen das BVG den Staat zum sozialen Ausgleich, zur sozialen Sicherheit und sozialen Gerechtigkeit verpflichtet sehe. Ein weiteres „starkes Fragment“ seien Rechte und Pflichten, die sich für die Gemeinden aus der kommunalen Daseinsvorsorge ergäben (Art. 28, Abs. 2, Satz 1 GG). Die zentrale Frage sei nun: Warum bemühe sich das Grundgesetz nicht um ein kohärenteres Bild, wenn es um die verfassungsrechtliche normative Beschreibung des sozialen Zusammenhalts gehe? Jens Kerstens Antwort lautet: Weil wir in einer Demokratie leben und weil sich daraus ein gesellschaftlicher Gestaltungsauftrag herleitet. Das Grundgesetz gebe kein festes Wirtschaftssystem und keine bestimmte Sozialverfassung vor, sondern müsse als eine Rahmenordnung verstanden werden, die demokratisch ausgestaltet werde müsse. „Das machen nicht die Väter und Mütter des Grundgesetzes für uns, das haben wir selbst zu machen“.

In der anschließenden Diskussion war es weitgehender Konsens, dass die gerechtere Verteilung öffentlicher Güter als eine der vordringlichen gesellschaftlichen Gestaltungsaufgaben zu gelten habe. Besonderer Diskussionsbedarf bestand

in der Frage, welche Rolle der Staat als gestaltende Kraft dabei spielt bzw. spielen sollte und in welchem Verhältnis er zu anderen gesellschaftlichen Akteuren steht. Mehr als bisher, so wurde kritisch angemerkt, sollte die Forschung die Ambivalenz der Rolle des Staats in den Blick nehmen – eine Rolle, die weder allein als „Rückzug des Staats“ charakterisiert werden könne noch den Staat zum einzigen Garanten von Daseinsvorsorge mache. In der Diskussion wurde deutlich, dass staatliches Handeln hier im Spannungsfeld unterschiedlicher gesellschaftlicher Entwicklungen steht, wobei sich etliche Diskussionsbeiträge auf den Pflegesektor als paradigmatisches Beispiel bezogen: Angesichts demografischer Veränderungen und eines sich wandelnden Familienernährmodells stiegen die Bedarfe in diesem Sektor an, was den Staat zum Ausbau des Pflegebereichs und zu neuen Regulierungsmaßnahmen (etwa bei der Pflegeversicherung) veranlasse. Zugleich setze der Staat hier zunehmend auf private und freiwillige Sorgearbeit, instrumentalisiere damit den ehrenamtlichen Einsatz und vertiefe damit die bereits angesprochene soziale Spaltung im Freiwilligensektor. Dies alles geschehe vor dem Hintergrund eines seit längerem zu beobachtenden Wandels des deutschen Sozialstaats vom vorsorgenden zum Gewährleistungsstaat, wobei es – auch als Folge neuer Regulierungsformen in der

Europäischen Union – neben der „platten Privatisierung“ öffentlicher Einrichtungen zu einer „Vermarktlichung“ staatlicher Unternehmen und Leistungen gekommen sei. Verschärfend komme hinzu, dass öffentliche Güter im transnationalen Rahmen zunehmend zum Gegenstand von Wettbewerbsfähigkeit geworden seien und entgegen dem Gebot der Gleichwertigkeit strategisch, d. h. nicht in der notwendigen Breite eingesetzt würden. Alles in allem machte die Diskussion deutlich, dass es hier keine einfachen Lösungen gibt, vielmehr lege sie neuen Forschungsbedarf sowie die Notwendigkeit einer vertieften interdisziplinären Debatte frei, nicht zuletzt zum Begriff der öffentlichen Güter selbst.

In seinem Schlusswort griff Berthold Vogel die Diskussion auf und beschrieb das Spannungsfeld, in dem die Gewährleistung öffentlicher Güter heute stehe, als ein „Viereck“ unterschiedlicher Akteure und Interessen – Staat, Zivilgesellschaft, Unternehmen, Familien/Haushalte. Mehr als bisher müsse dieses Spannungsfeld Gegenstand der Forschung werden; im Hinblick auf das Zusammenwirken der Akteure, aber auch im Hinblick auf Konfliktpotenziale, Macht- und Herrschaftsbeziehungen sowie die Normativitätsressourcen, auf die sich die Akteure beziehen bzw. über die sie sich legitimieren.



Links Berthold Vogel (SOFI), rechts Panel 3 v. l. n. r. Michael Faust, Berthold Vogel, René Lehweß-Litzmann (alle SOFI); Silke van Dyk (Universität Jena), Jens Kersten (LMU München)

Das SOFI – so lässt sich ein Grundtenor der Debatten resümieren – braucht sich nicht „neu zu erfinden“, um wissenschaftlich und als Akteur gesellschaftlicher Selbstaufklärung auf der Höhe der Zeit zu sein. Gut fundierte, kritische Reflexion auf die eigene Forschungspraxis und deren kontinuierliche Weiterentwicklung auf dieser Grundlage sind gefragt. Gerade auch die kritischen Kommentierungen waren für uns Aufforderung und Ermutigung zugleich.

Hommage an Martin Baethge

Geschichte und Zukunft der Bildungsforschung

50
JAHRE
SOFI

Milena Prekodravac

Die ursprünglichen Planungen des Jubiläums sahen ein Panel vor, das sich mit dem Themenkomplex Bildung und Ungleichheit als einem Eckpfeiler der SOFI-Forschung befassen sollte. Martin Baethge, Mitbegründer, langjähriger Direktor und seither Präsident des SOFI, stand über Jahrzehnte für diesen Schwerpunkt und hätte Impulsgeber für dieses Panel sein sollen. Völlig unerwartet verstarb er am 4. Januar 2018 im Alter von 79 Jahren. An die Stelle der vorgesehenen Debatte trat daher eine Hommage, mit der unter dem Titel „Geschichte und Zukunft der Bildungsforschung“ seiner und seines Wirkens und Schaffens in Forschung, Lehre und Politik gedacht wurde.

Jürgen Kädtler hob in seiner Einleitung die Verbindung von kompromissloser wissenschaftlicher Dignität und politischer Intervention als grundlegend für Martin Baethges Wissenschaftsverständnis und Forschungspraxis hervor. Gute Wissenschaft hatte sich für ihn nicht allein an innerwissenschaftlichen Kennziffern, sondern vor allem als gesellschaftliche Selbstaufklärung zu bewähren. Hartnäckig um eine auch außerhalb der Wissenschaft verständliche Sprache bemüht, suchte er die Ergebnisse skrupulöser empirischer

es aber stets um die Sache ging und nicht allein darum, das letzte Wort zu behalten.

Im Mittelpunkt seiner Forschungskarriere standen seit seiner Dissertation die (Berufs-)Bildungsforschung unter der Perspektive einer gerechteren Verteilung von Teilhabechancen und vor diesem Hintergrund die Kritik am deutschen „Bildungsschisma“. Kädtler hob darüber hinaus die große, gemeinsam mit Herbert Oberbeck verfasste Angestelltenstudie „Zukunft der Angestell-

von Arbeit aus dem Jahr 1991 wurde zum bis heute vielzitierten Schlüsseltext für die Debatte zukunftsbezogener Arbeitsforschung. Die von ihm initiierte und von Peter Bartelheimer weitergetriebene Sozioökonomische Berichterstattung (SOEB I: „Arbeit und Lebensweisen“) sowie insbesondere die Arbeit am Nationalen Bildungsbericht, dessen Bereich der Berufs- und Weiterbildung er seit Beginn leitete, sind nur einige Beispiele dafür, dass und wie er bis zuletzt mit seiner Forschung wichtige Akzente gesetzt hat.



Links Martin Baethge (bis 2018 Präsident des SOFI), rechts auf dem Podium v.l.n.r. Jürgen Kädtler (SOFI), Edelgard Bulmahn (Bundesministerin a.D.), Karin Kurz (Dekanin der Sozialwiss. Fakultät der Universität Göttingen), Jochim Möller (Direktor des IAB)

Forschung für politische Debatten und die Bearbeitung gesellschaftlicher Probleme fruchtbar zu machen. Dabei war er, so Kädtler, in wissenschaftlichen Debatten ein hartnäckiger, nicht immer bequemer Kontrahent, dem

ten“ (1986) hervor, die die Perspektive von Industriosozologie auf nicht-industrielle Tätigkeiten erweiterte und den Begriff der systemischen Rationalisierung mit etablierte. Der Aufsatz über die „normative Subjektivierung“

Aus universitärer Perspektive erinnerte Karin Kurz, Professorin am Institut für Soziologie und Dekanin der Sozialwissenschaftlichen Fakultät, an Martin Baethge als Forscher, als Hochschullehrer und als in der

Hochschulpolitik Engagierter. Sie erinnerte auch daran, dass er 1969 an der Technischen Universität Hannover mit der Arbeit „Ausbildung und Herrschaft. Unternehmerinteressen in der Bildungspolitik“ promoviert wurde, nachdem der Zweitgutachter in Göttingen sie als unwissenschaftlich, weil politisch motiviert, zurückgewiesen hatte. In seiner über 40-jährigen Tätigkeit als Professor mit zwei Denominationen an der Georg-August-Universität habe er bei den Studierenden den kritischen Blick auf Gesellschaft inspiriert und geprägt, methodisch wie theoretisch ein beeindruckendes Repertoire an Lehrinhalten vorgelegt und einen Schwung in die universitäre Selbstverwaltung gebracht, der auch heute noch nachwirkt. Als ‚gelebte Brücke‘, wie es Kurz ausdrückte, zwischen Universität und Institut sorgte er damit für eine verbesserte Stellung der Sozialwissenschaften innerhalb der Hochschule.

Den Anspruch an Wissenschaftstransfer erfüllte Martin Baethge beispielsweise in der bis 2009 wahrgenommenen Funktion des wissenschaftlichen Beirats des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB) sowie als ehemaliger Mitherausgeber der Zeitschrift für Arbeitsmarktforschung (heute: Journal for Labour Market Research). Der Direktor des IAB und Professor für Wirtschaftswissenschaften Joachim Möller würdigte den strategischen Denker, indem er auf seinen Sinn für Kausalitäten hinwies, den Martin Baethge nachhaltig in Diskussionen einbrachte: So schärfte er den Blick für den Zusammenhang von Betriebs- und Beschäftigtendaten und wies auf theoretisch fundierte begriffliche Abgrenzungen von Beruf, Qualifikation und Bildung hin. Sein Wirken für das IAB war damit sowohl inhaltlich als auch organisatorisch von Einfluss. Die ‚Zukunft des dualen Systems‘ (vgl. Baethge 2010) sei eine Frage gewesen, die ihn in besonderer Weise umtrieb und dessen Analysen auf praktische Umsetzungen abzielten.

Die Art und Reichweite von Martin Baethges politischen Interventionen mit den Mitteln der Wissenschaft

wurde insbesondere durch den Beitrag von Edelgard Bulmahn (SPD) untermauert. Die ehemalige Bundesministerin für Bildung und Forschung verbindet über ihre Tätigkeit in Bundestag und Bundesregierung eine langjährige Zusammenarbeit und Diskussion mit Martin Baethge. Der leidenschaftliche Forscher sei ein politischer Wissenschaftler gewesen, nicht im parteipolitischen Sinne, sondern, ausgehend von treffenden Wirkungsanalysen und guter Wissenschaft, als Bereiter von Orientierungs- und Handlungswissen und damit auch von guter Politik. Er zielte damit auf die Behebung von Fehlentwicklungen des Kapitalismus ab, stets mit einem klaren Verständnis von politischen Prozessen. Das Erreichen guter Bildung sowie das Versprechen und die Einlösung von Teilhabechancen seien wesentliche Voraussetzungen, um der Zerrissenheit von Gesellschaft entgegenzuwirken, jener Polarisierungen, denen sich auch die Tagung in Gänze widmete. Zwei umfassende, von Martin Baethge geprägte Projekte wurden dabei von Bulmahn exemplarisch herausgestellt: Das Forum Bildung und das BMBF-Programm Dienstleistung 2000plus.

Das Forum Bildung wurde 1999 ins Leben gerufen und beteiligte viele Vertreter/innen und Expert/innen aus der Praxis und Wissenschaft. Als Vorsitzender der Expertengruppe „Lernen – ein Leben lang“, das heißt des Bereichs berufliche Bildung, Aus- und Weiterbildung, beförderte Baethges strategischer Weitblick Umsetzungen, die auf eine Erweiterung der Chancengleichheit abzielten. Dieses Engagement mündete in der Etablierung des Nationalen Bildungsberichts, der ersten umfassenden und kontinuierlichen Evaluation der Leistungsfähigkeit des deutschen Bildungssystems, deren Konzept er bereits 2003 mit seinem Team im SOFI erarbeitete.

In der Frage der Arbeitsgestaltung im Dienstleistungssektor griff Martin Baethge seinen frühen Brückenschlag zwischen Berufsbildungs- und Dienstleistungsforschung auf. Die Erkenntnis, dass sich die Beruflichkeit in diesem Sektor zunehmend

wandelt, erweist sich als anschlussfähig an gegenwärtige Debatten über die Auswirkungen von Industrie 4.0. Die kritischen Hinweise Baethges, mit denen er sich gegen disziplinäre Partikularismen und für das Aufbrechen von Grenzen aussprach (vgl. Baethge 2018), seien notwendig gewesen und nach wie vor wegweisend, so Bulmahn.

Vier Aspekte gehen aus der langjährigen Kooperation zwischen Bulmahn und Baethge hervor und hallen als Aufforderung nach: Dass empirische Bildungsforschung nicht wieder ins Abseits geraten darf wie in den 1980er-Jahren, dass Soziologie einen Gestaltungsanspruch hat und sich darin verwirklicht, dass Wissenschaft in der Politik eine hörbare Stimme hat und dass Interdisziplinarität jenseits des Zusammenwirkens verschiedener Wissenschaftsdisziplinen auch die Schnittstelle zu Politik und Öffentlichkeit einbeziehen muss.

Literatur

- *Baethge, Martin; Oberbeck, Herbert (1986): Zukunft der Angestellten: Neue Technologien und berufliche Perspektiven in Büro und Verwaltung.* Frankfurt a. M.
- *Baethge, Martin (1991): „Arbeit, Vergesellschaftung, Identität – Zur zunehmenden normativen Subjektivierung der Arbeit“.* In: *Soziale Welt* 42 (1), S.6–19.
- *Baethge, Martin; Buss, Klaus-Peter; Lanfer, Carmen (2003): Konzeptionelle Grundlagen für einen Nationalen Bildungsbericht – Berufliche Bildung und Weiterbildung / Lebenslanges Lernen.* Bonn, Berlin.
- *Baethge, Martin (2010): Neue soziale Segmentationsmuster in der beruflichen Bildung.* In: Krüger, Heinz-Hermann; Rabe-Kleberg, Ursula; Kramer, Rolf-Torsten; Budde, Jürgen (Hrsg.): *Bildungsungleichheit revisited.* Wiesbaden, S.275–298.
- *Baethge, Martin (2018): Der Beitrag der Arbeits- und Berufssoziologie zur Berufsbildungsforschung.* BIBB. Online: https://www.bibb.de/dokumente/pdf/AG_BFN_Beitrag_Baethge.pdf.

Erwerbsarbeit im deutsch-französischen Vergleich

Teilhabechancen und berufliche Entwicklung abhängig Beschäftigter

Jürgen Kädtler

Unter diesem Titel fand am 14. und 15. Juni 2018 in Paris die Abschlusstagung des Projekts DEVENT statt. Vom SOFI und vom Institut Georg Simmel an der Hochschule für Sozialwissenschaften (EHESS) gemeinsam durchgeführt, war das Projekt der Frage nachgegangen, ob und wie Beschäftigte in vergleichbaren betrieblichen Situationen in Deutschland und Frankreich eigene berufliche Perspektiven und Lebensentwürfe mit Aussicht auf Erfolg verfolgen können. Im Mittelpunkt der Tagung stand unter dieser Perspektive der Einfluss der jeweiligen Aus- und Weiterbildungssysteme, nicht zuletzt mit Blick auf aktuelle gesetzliche Reformprojekte in Frankreich. Die einschlägigen Befunde des Projekts sollten in den Kontext allgemeinerer Diagnosen zur Teilhabeförderlichkeit der jeweiligen Praktiken beruflicher Erstausbildung, Weiterbildung und beruflicher Fortbildung gestellt werden.

Ein zentraler Befund des Projekts bestand darin, dass sich nationale Unterschiede im Vergleich zu früher weiter verschärft haben. Beruflicher Aufstieg hängt in Deutschland heute mehr als etwa in den 1970er-Jahren vom erfolgreichen Abschluss regulärer beruflicher Aus- und Fortbildungen ab. Die früher in Betrieben gerade der deutschen Automobil- und der Chemieindustrie verbreitete Anlernkarriere, die Un- und Angelernte schließlich auf Facharbeiter- und Arbeiter ohne Meisterbrief auf Meisterpositionen brachte, ist passé. Ohne die betreffenden Abschlüsse geht nichts mehr. Allerdings: Dauerhaft am Band beschäftigte Facharbeiter und Meister ohne Meisterposition machen deutlich, dass die formale Qualifikation für berufliche Entwicklung zwar unabdingbar, der Erfolg aber alles andere als sicher ist. In Frankreich bleibt es bei betrieblicher Anlernung und Anciennität als dem Prinzip nichtakademischer beruflicher Entwicklung. Allerdings spielt das Niveau des Schulabschlusses bei der Rekrutierung zunehmend eine wichtige Rolle und Weiterbildungsabschlüsse können die betriebliche Entwicklung beschleunigen. Eine spezifische Qualifizierung, etwa zur Führungskraft, gibt es aber erst, nachdem man von Seiten des Betriebes für die betreffende Position ausgewählt worden ist. Über die Akzentuierung von Unterschieden hinweg zeigt sich demnach auch eine gemeinsame Tendenz: Aus- und Weiterbildungsengagement werden für berufliche Entwicklung wichtiger, die Erfolgsaussichten gleichzeitig ungewisser.

Diskussionen in vier deutsch-französischen Expert/innenrunden behandelten die Frage, ob und unter welchen Voraussetzungen die Systeme beruflicher Erstausbildung und beruflicher Fort- und Weiterbildung persönliche und berufliche Entwicklung in beiden Ländern fördern, jeweils mit Blick auf bestimmte Teilsysteme. Ausgewählte Schlaglichter: Volker Baethge-Kinsky (SOFI) sowie Heike Solga und Philip Wotschak (beide WZB) demonstrieren, wie ungleich Zugänge zum Ausbildungssystem, zu Ausbildungsgängen mit und ohne Entwicklungsperspektiven sowie zu Fort- und Weiterbildung in Deutschland verteilt sind, mit der Konsequenz, dass berufliche Entwicklungsmöglichkeiten frühzeitig sehr ungleich verteilt werden. Eric Verdier (CNRS/LEST Aix-en-Provence) zeigte, dass die Einführung einer Vielzahl berufsorientierter Abschlüsse in das französische Ausbildungssystem seit den 1980er-Jahren nichts daran geändert hat, dass berufsorientierte Abschlüsse gegenüber allgemeinbildenden als zweitklassig gelten und insbesondere duale Ausbildung nur als seltene, wenig geachtete Maßnahme für Benachteiligte im Spiel ist. Zugangschancen zum Arbeitsmarkt sind entscheidend durch soziale Herkunft bestimmt und werden im Ausbildungssystem nicht modifiziert. Josiane Vero (Céreq) und Martin Kuhlmann (SOFI) nahmen die betriebliche Ebene in den Blick. Dabei rückte Vero die Stellung von Unternehmen in der Wertschöpfungskette in den Fokus, während Kuhlmann – ausgehend von Untersuchungen zu

alternsgerechter Arbeitspolitik – das Zusammenspiel von staatlicher und tarifpolitischer Regulierung und betrieblichen Strategien in den Mittelpunkt stellte und eine zeitgemäße Neujustierung anmahnte, für die eine Reflexion deutscher und französischer Erfahrungen durchaus hilfreich zu sein verspreche.

In einer abschließenden Diskussionsrunde politischer Praktiker/innen zu den aufgeworfenen Fragen stand der Zusammenhang von lebenslangem Lernen und beruflicher Weiterbildung im Zentrum. Je begrenzter die Zulänglichkeit einmal erworbener Qualifikationen werden, darin stimmten Brigitte Pothmer (Grüne), Jean-Marie Luttringer (JML Conseil) und Cedric Puydebois (Ministère de Travail) überein, desto wichtiger werden kontinuierliche Weiterbildung und desto weniger dürfe man sie allein betrieblichen Opportunitätsgesichtspunkten überlassen. Pothmer forderte, wie zuvor schon Monika Hackel (BIBB), die Anerkennung und Regulierung von Weiterbildung als Teil der beruflichen Bildung und brachte die Einführung einer Arbeits- anstelle der Arbeitslosenversicherung ins Spiel, um individuelle Weiterbildungsansprüche unabhängig von Arbeitslosigkeit allgemein zu garantieren. Ob damit auch das Wiederaufleben des Arbeitsförderungsgesetzes vor den einschlägigen Modernisierungen der Sozial- und Arbeitsmarktpolitik gemeint sein könne, musste offen bleiben.

Drei-Generationen-Forschung

Statuserhalt in der „sozialen Mitte“

Andrea Hense, Berthold Vogel

Im soziologischen und Alltagsdiskurs zur Mittelschicht wird in den letzten Jahren vornehmlich von deren Krise gesprochen, die sich in Abstiegsängsten und der Sorge um den Erhalt des beruflichen und familiären Status äußert. Ein neues Forschungsprojekt beschäftigt sich mit der umgekehrten Frage: Wie gelingt es Familien der gesellschaftlichen Mitte, ihre soziale, sozio-ökonomische und berufliche Situation zu festigen und in der Generationenfolge zu übertragen? Das Projekt wird von der Deutschen Forschungsgemeinschaft gefördert und vom SOFI in Kooperation mit der TU Dortmund durchgeführt.

Der Krisendiskurs zur Mittelschicht, der in der empirischen soziologischen Forschung sowie in der medialen Berichterstattung dominant ist, macht auf die zeitdiagnostische Relevanz des Themas aufmerksam. Angehörige der Mittelschicht beschäftigen sich zunehmend damit, wie sie ihren sozialen und beruflichen Status erhalten und potenzielle Abstiege für sich und ihre Familien vermeiden können. Hier setzt das Forschungsprojekt an, um familiäre Strategien des Statuserhalts in ausgewählten Berufsfeldern der Mittelschicht empirisch zu untersuchen und so die Mechanismen der intergenerationalen Statusstabilität zu analysieren.

Das Forschungsvorhaben beschreitet in dreifacher Hinsicht neue Wege in der Ungleichheits- und arbeitssoziologischen Forschung:

Erstens fragt es nach den Bedingungen eines erfolgreichen Statuserhalts. Damit stellt es nicht die Abstiegsängste in den Mittelpunkt der Forschung, sondern die kontextuellen, familiären und persönlichen Aspekte und Beweggründe, die dazu beitragen, dass Mittelschichtsfamilien ihren sozialen Status stabilisieren. Welche Bedeutung haben familiäre und berufliche Kontexte in der Generationenfolge? Welche Werte und Handlungen spielen bei biografischen Entscheidungen in Beruf und Familie eine Rolle?

Zweitens besteht die methodische Innovation des Projektes darin, dass in die Familieninterviews drei Generationen gemeinsam einbezogen werden sollen. D.h. Großeltern, Eltern und Enkel erzählen ihre Familiengeschichte und sollen berichten, wie es ihnen gemeinsam und einzeln gelungen ist, den Status ihrer



In die Fußstapfen des Großvaters treten

Familie über mehrere Generationen zu erhalten und sich beruflich in der sozialen Mitte zu positionieren. Dabei sind sowohl die unterschiedlichen Wahrnehmungen und Handlungsweisen von Interesse als auch die Erfolge und Misserfolge, die retrospektiv betrachtet zu berichten sind. Welche Mentalitäten und Werte werden im Generationenverlauf unter welchen Bedingungen tradiert oder modifiziert, um den Statuserhalt zu gewährleisten? Was sind die inter- und intragenerationalen Mechanismen des Statuserhalts? Wie haben die verschiedenen Generationen

ihre jeweiligen Chancen zum Statuserhalt zu unterschiedlichen Zeiten wahrgenommen und welchen Herausforderungen haben sie sich dabei gestellt?

Drittens setzt das Projekt an drei typischen, historisch hergeleiteten Berufsfeldern der Mittelschicht an, die miteinander kontrastiert werden: Professionen in staatsnahen Sektoren (z. B. Jurist/innen, Lehrer/innen, Ärzt/innen), selbstständiges Handwerk und qualifizierte Angestellte im technischen Bereich (z. B. Ingenieur/innen). Die Zuordnung der Familien zu diesen Berufsgruppen erfolgt primär über die mittlere (Eltern-) Generation. Die Fokussierung auf drei Berufsgruppen gewährleistet einerseits die Berücksichtigung der Heterogenität mittlerer sozialer Lagen. Andererseits ermöglicht die Konzentration auf drei Berufsfelder die Vergleichbarkeit der Familiengeschichten und die Rekonstruktion von kontextuellen Einflussfaktoren der Berufsfelder. Sind die familiären Strategien des Statuserhalts auch von den Berufsfeldern geprägt? Welche förderlichen und hemmenden Faktoren finden sich in den Berufsfeldern im Generationenverlauf? Was zeichnet die drei Berufsfelder über die Generationen hinweg aus und welche Strategien des Statuserhalts sind verallgemeinerbar bzw. berufsfeldspezifisch?

Projekttitle: Statuserhalt in der „sozialen Mitte“. Intergenerationale Stabilisierungsmechanismen in Berufsfeldern der Mittelschicht

Projektlaufzeit: Juni 2018 bis November 2020

Finanzierung: Deutsche Forschungsgemeinschaft (DFG)

Projektteam SOFI: Prof. Dr. Berthold Vogel (Leitung), Dr. Andrea Hense

Projektteam TU Dortmund: Prof. Dr. Nicole Burzan (Leitung), Dr. Miriam Schad

Bildungsverläufe und betriebliche Gatekeepingprozesse

Wie betriebliche Rekrutierungsmechanismen den Zugang zur beruflichen Ausbildung strukturieren

Meike Baas; Sophie Krug von Nidda

Vor dem Hintergrund eines erwarteten Facharbeitermangels und der Flüchtlingsmigration stellt sich die Frage, wie geringgebildete Jugendliche mit maximal Hauptschulabschluss und solche mit Migrationshintergrund besser in berufliche Bildung integriert werden können. Die Frage, welche Rolle Rekrutierungspraktiken in Betrieben dabei spielen, steht im Zentrum des neuen Projekts.



dieser großen Bedeutung der Betriebe für den Zugang zur beruflichen Ausbildung untersucht dieses Projekt, welche Mechanismen betriebliche Rekrutierungsprozesse genau strukturieren und ob bestimmte Rekrutierungspraktiken Hauptschüler/innen – und hier insbesondere solche mit Migrationshintergrund – ungeachtet ihrer tatsächlichen Eignung für die betriebliche Ausbildung systematisch ausgrenzen. Umgekehrt stellt sich die Frage, welche Rekrutierungspraktiken Potenziale von Jugendlichen mit geringer Schulbildung sichtbar machen und ob innerhalb dieser Bildungsgruppe auch Jugendliche mit Migrationshintergrund hiervon profitieren können.

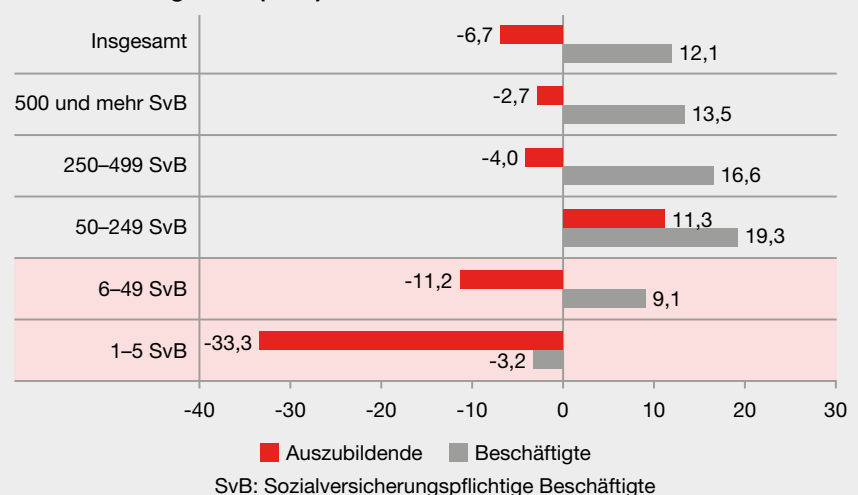
Begrenzen Vorurteile den Zugang zur Lehrstelle?

Mit dem Rückgang der Auszubildendenzahlen und dem damit verbundenen Rückbau von Ausbildungsinfrastruktur, besonders in Kleinst- und Kleinbetrieben, drohen Ausbildungskapazitäten in genau den Betrieben dauerhaft verloren zu gehen, in denen geringgebildete Jugendliche mehrheitlich eine Ausbildung finden (Baas/Baethge 2017: 58). Ihre Chancen haben sich in den letzten Jahren trotz demografischem Wandel nicht deutlich verbessert und könnten sich somit noch verschlechtern. Darüber hinaus gewinnt die Frage nach einer besseren Integration von geringgebildeten Jugendlichen und Jugendlichen mit Migrationshintergrund in berufliche Bildung vor dem Hintergrund eines erwarteten Facharbeitermangels und der Flüchtlingsmigration an Bedeutung.

Defiziten scheitern, sondern vor allem an Diskreditierungsprozessen, bei denen Betriebe als Gatekeeper eine maßgebliche Rolle spielen. Angesichts

Auf theoretischer Ebene wird neben gängigen Erklärungsansätzen insbesondere ein konventionssoziologisches Modell geprüft. Die qualitativen Arbeiten von Imdorf weisen darauf hin, dass die Produktivität von Bewerber/innen keinesfalls nur „als Funktion

Entwicklung von Ausbildung und Beschäftigung 1999 bis 2015 nach Betriebsgrößen (in %)



Vorliegende Untersuchungen zeigen, dass diese Jugendlichen beim Übergang nicht (nur) an ihren individuellen

individueller Kompetenzen“, sondern auch „als Resultat funktionierender und profitabler Sozial- und Kundenbeziehungen am Arbeitsplatz“ zu betrachten sei (Imdorf 2011: 82). In der betrieblichen „Welt des Marktes“ werden z.B. Kundenbindung und Geschäftspartner zu einem betrieblichen Kalkül und damit zu einem Selektionskriterium. Der „Marktwert“ der Auszubildenden ist damit auch durch die Fähigkeit, Beziehungen zu potenziellen Kunden aufzubauen, strukturiert. Hier können askriptive Merkmale bedeutsam werden. So weisen die Ergebnisse von Imdorf darauf hin, dass Betriebe die Befürchtung haben, ihre Kundenbindungen aufgrund von Vorbehalten der Kunden gegenüber Jugendlichen mit Migrationshintergrund zu gefährden. In der „häuslichen Welt“ des Betriebs sei „[d]ie Selektion von Auszubildenden (...) bestrebt, konfliktfreie horizontale und vertikale Sozialbeziehungen im Betrieb zu garantieren“ (Imdorf 2011: 85). Die Angst vor sozialen Konflikten am Arbeitsplatz führt laut Imdorf teilweise dazu, dass Personalverantwortliche Bewerber/innen mit Migrationshintergrund aussortieren. Folgt man dieser

Argumentation, können den internen und externen Organisationsanforderungen eines Betriebs institutionelle Diskriminierungsprozesse immanent sein. Diese aufzudecken ist ein Ziel des Forschungsprojektes. Zugleich stellt sich die Frage, unter welchen Bedingungen und bei welchen Rekrutierungspraxen Diskriminierung nicht auftritt.

Im Rahmen des Forschungsvorhabens wird Imdorfs theoretischer Ansatz erstmalig quantitativ überprüft. Dazu werden in einem ersten Schritt Auswertungen des SOFI-Übergangspanels vorgenommen. Der Datensatz eröffnet neue Analysepotenziale, da er Betriebsdaten mit Längsschnittdaten von Jugendlichen verknüpft. Er bietet damit eine einmalige Möglichkeit, individuelle Bildungsverläufe und betriebliche

Rekrutierungsprozesse im Zusammenhang zu analysieren und mögliche Diskriminierungsprozesse aufzudecken. Die Ergebnisse der quantitativen Analysen werden im zweiten Schritt in Experteninterviews mit den Personalverantwortlichen der Betriebe gespiegelt.

Literatur

- Imdorf, Christian (2011): Zu jung oder zu alt für eine Lehre? Altersdiskriminierung bei der Ausbildungsplatzvergabe. In: ZAF, S. 79–98.
- Baas, Meike; Baethge, Martin (2017): Entwicklung der Berufsausbildung in Klein- und Mittelbetrieben: Expertise im Rahmen des Ländermonitors berufliche Bildung. Verfügbar unter: doi.org/10.11586/2017035.

Projekttitle: Bildungsverläufe und betriebliche Gatekeepingprozesse

Projektlaufzeit: 1. November 2017 bis 30. Juni 2019

Finanzierung: Hans-Böckler-Stiftung

Projektteam SOFI: Prof. Dr. Berthold Vogel (Leitung), Dr. Meike Baas

Projektteam Universität Paderborn: Prof. Dr. Bettina Kohlrausch (Leitung), M.A. Sophie Krug von Nidda

Big Data, Künstliche Intelligenz und Blockchains

„Neue“ Digitalisierung im Finanzdienstleistungssektor?

Knut Tullius

Der Finanzdienstleistungssektor hat in der sozialwissenschaftlichen Digitalisierungsforschung bisher eher wenig Aufmerksamkeit erhalten, dabei dürfte im dortigen technisch-organisatorischen Wandel erheblicher arbeits- und beschäftigungspolitischer Sprengstoff liegen. Ein explorativ und interdisziplinär angelegtes empirisches Forschungsprojekt will einen Beitrag zur Schließung dieser Forschungslücke leisten.

Mittlerweile hat die Debatte um die Digitalisierung von Unternehmen, Geschäftsmodellen und Arbeitsprozessen mit voller Wucht auch den traditionellen Dienstleistungssektor – und dort vor allem die Finanzdienstleistungen – erreicht, nachdem der Fokus jahrelang auf „Industrie 4.0“ oder besonders innovativ und neu erscheinenden Dienstleistungen in der „Plattformökonomie“

lag. Diese ‚Vernachlässigung‘ in Debatte (und Forschung) mag damit zu tun haben, dass Geschäfts- und Arbeitsprozesse in Banken und Versicherungen bereits seit längerem zu den am stärksten automatisierten und informatisierten sowie „systemischer Rationalisierung“ (Baethge/Oberbeck 1986) in besonderer Weise unterworfenen Bereichen zählen. Doch der

technisch-organisatorische Wandel scheint gegenwärtig eine neue Dynamik zu erlangen, denn Finanzdienstleister forcieren die Digitalisierung ihrer Geschäfts- und Arbeitsprozesse; bestehende Geschäftsmodelle werden zur Disposition gestellt. Unklar ist jedoch, welche Innovations- und Rationalisierungsstrategien sich unter den Bedingungen einer ‚neuen‘ Digitalisierung

in Betrieben der Kredit- und Versicherungswirtschaft konkret herausbilden und durchsetzen und welche Folgen dies für Arbeits- und Beschäftigungsbedingungen hat.

Das SOFI führt daher gemeinsam mit dem Institut für Versicherungsbetriebslehre (IVBL) und dem Institut für Wirtschaftsinformatik (IWI) – beide Leibniz Universität Hannover – ein empirisch angelegtes Forschungsprojekt zu den Voraussetzungen, Bedingungen und Wirkungen von neueren Digitalisierungsprozessen in Banken und Versicherungen in Deutschland durch. Das Projekt schließt damit an frühere SOFI-Forschung im Finanzdienstleistungssektor an – zuletzt in den 2000er-Jahren (vgl. Baethge-Kinsky/Holm/Tullius 2006) – und betritt zugleich insofern Neuland, als erstmals arbeitssoziologische, betriebswirtschaftliche

und juristische Perspektiven integriert werden.

Methodisch liegt der Schwerpunkt der Forschung auf betrieblichen Fallstudien konkreter „Digitalisierungsfälle“, flankiert durch Interviews mit Branchenexpert/innen. Wichtige Fragen für die empirischen Analysen sind unter anderem:

- Welche Reichweite und Tiefe haben aktuelle Prozesse der Automatisierung, „Industrialisierung“ und Digitalisierung in Unternehmen des Finanzdienstleistungssektors?
- Wie entwickeln sich Geschäftsmodelle und -strategien sowie Arbeits- und Innovationsprozesse unter Bedingungen einer ‚neuen‘ Digitalisierung?
- Haben wir es dabei mit „Systemischer Rationalisierung“ neuen Typs zu tun?

- Welche Perspektiven von (qualifizierter) Dienstleistungsarbeit sind mit ggf. neuartigen Digitalisierungstechnologien verbunden und wie werden diese von den betrieblichen Akteuren, nicht zuletzt auch von den betrieblichen Interessenvertretungen, bewertet und (mit-)gestaltet?
- Welche Folgen haben Big Data und Industrialisierung auf die Entscheidungs- und Handlungsspielräume von Beschäftigten, welche ggf. neuen Kontroll- und Überwachungsrisiken entstehen?
- Welche Spielräume und Grenzen setzt geltendes Recht bei der Erhebung, Nutzung und Verwertung der durch die ‚neue‘ Digitalisierung gewonnenen Informationen?

Literatur

- *Baethge, Martin; Oberbeck, Herbert (1986): Zukunft der Angestellten.* Frankfurt/Main: Campus.
- *Baethge-Kinsky, Volker; Holm, Ruth; Tullius, Knut (2006): Dynamische Zeiten – langsamer Wandel: Betriebliche Kompetenzentwicklung von Fachkräften in zentralen Tätigkeitsfeldern der deutschen Wirtschaft.* Forschungsbericht. Göttingen: SOFI.



Foto: SOFI

Als von Digitalisierung noch keine Rede war ...

Projekttitle: ‚Neue‘ Digitalisierung im Finanzdienstleistungssektor – Eine empirische Untersuchung aus soziologischer, ökonomischer & juristischer Perspektive

Projektlaufzeit: 1. April 2018 bis 31. März 2020

Finanzierung: Hans-Böckler-Stiftung

Projektteam SOFI: Prof. Dr. Berthold Vogel (Leitung), Dr. Knut Tullius

Projektteam Leibniz Universität Hannover: Prof. Dr. Johann-Matthias Graf von der Schulenburg, Institut für Versicherungsbetriebslehre (IVBL) (Leitung), Dipl.-Jur. Lisa Kammann, Dr. Christoph Schwarzbach; Prof. Dr. Michael H. Breitner, Institut für Wirtschaftsinformatik (IWI) (Leitung), M. Sc. Oliver Werth

■ Rollenwandel der Hafenakteure

Die deutsche Hafenwirtschaft – eine Branche im Umbruch

Klaus-Peter Buss

Die deutschen Seehäfen sind hocheffektive, technologieintensive Wirtschaftsstandorte, die aufgrund der hohen Import- und Exportabhängigkeit der deutschen Wirtschaft von zentraler volkswirtschaftlicher Bedeutung sind. Etwa ein Viertel des deutschen Außenhandels wird allein über die Seehäfen abgewickelt. Betrieben werden die Häfen von einer Vielzahl unterschiedlicher privater und öffentlicher Akteure. Gerade die wichtigsten Akteure der Hafenwirtschaft, die Umschlagsunternehmen und die Hafenverwaltungen, durchlaufen seit einigen Jahren einen Rollenwandel, der nun Gegenstand eines anlaufenden Forschungsprojektes ist.



Container-Riesen im Hamburger Hafen

weitrreichende Auswirkungen auf die Hafenwirtschaft. Gleichzeitig hat die Hafenwirtschaft mit einer geschwächten Verhandlungsposition gegenüber den Reedereien und steigenden Unsicherheiten über Verlauf und Umfang künftiger

Bereits seit den 1990er-Jahren ist die Entwicklung der Häfen durch wachsende Anforderungen an eine Einbettung in übergreifende, global organisierte Lieferketten geprägt, denen die Akteure der Hafenwirtschaft im Hafenwettbewerb gerecht werden müssen. Die vormals lokalen Strukturen der Hafenwirtschaft sehen sich dabei mit einem zunehmend internationalen Wettbewerb und mit neuen Playern konfrontiert. Die Vorzeichen des Hafenwettbewerbs haben sich in den letzten zehn Jahren aber deutlich verändert. Für Seeschifffahrt und Hafenwirtschaft endete mit der Finanz- und Wirtschaftskrise 2008 eine zwei Jahrzehnte währende Wachstums- und Boomphase. Der in der Seeschifffahrt heute vorherrschende massive Verdrängungswettbewerb und die fortschreitende Reorganisation sowohl der Branche als auch der maritimen Prozesse haben

Güter- und Warenströme umzugehen, die durch die globale politische und ökonomische Entwicklung verstärkt werden, während in Form globaler Hafenwirtschaftskonzerne neue Akteure auf den Markt drängen. Und nicht zuletzt hat die Finanz- und Wirtschaftskrise die Aufmerksamkeit der internationalen wie nationalen Politikakteure verstärkt auf den Verlauf und die Steuerung der Güter- und Warenströme gelenkt, auf die sowohl wettbewerbs- als auch hafen- und infrastrukturpolitisch Einfluss genommen wird. Zunehmend werden die Rahmenbedingungen des europäischen Hafenwettbewerbs von den nationalen und internationalen Hafenpolitiken mit dem Ziel beeinflusst, die bestehende Hafenhierarchie zu verändern.

Eine systematische Untersuchung darüber, wo die deutschen Seehäfen in

diesem Umbruchprozess stehen, welche Bedeutung er für die Seehäfen an Nord- und Ostsee hat, wie die hafenwirtschaftlichen Akteure in ihren Wettbewerbsstrategien damit umgehen und welche Auswirkungen dies auf Arbeit und Beschäftigung in der Hafenwirtschaft hat, gibt es bislang nicht. Aufbauend auf einer im vergangenen Jahr abgeschlossenen Literaturstudie (siehe Mitteilungen 28) soll das anlaufende Projekt dieser Frage nun empirisch nachgehen und fragt, wie sich die zu beobachtende Veränderungsdynamik in den Akteurskonstellationen der Häfen umsetzt, welche Geschäftsmodelle und Strategien der globalen und lokalen Lieferkettenintegration die hafenwirtschaftlichen Akteure entwickeln und welche neuen Interessengegensätze und Konflikte sich hieraus ergeben (können). Angestrebt sind Fallstudien in den führenden deutschen Seehäfen sowie Kurzfallstudien in wichtigen europäischen Häfen an Nord- und Ostsee.

Die Untersuchung verspricht neue Erkenntnisse zur Hafenwirtschaft als einem relevanter werdenden, in der wissenschaftlichen Forschung aber unterbelichteten Knotenpunkt globaler Wertschöpfungsketten und ergänzt die Forschung zur Globalisierung in der Produktion. Sie trägt damit zu einem besseren Verständnis der ökonomischen Entwicklung in den Häfen, neuer hafenwirtschaftlicher Akteure und sich verändernder Branchengrenzziehungen bei und bietet so einen Hintergrund für die Sicherung von Arbeitsplätzen und die Entwicklung der Beschäftigung in der Hafenwirtschaft.

Projekttitel: Die deutsche Hafenwirtschaft – eine Branche im Umbruch

Projektlaufzeit: 1. Juni 2018 bis 31. Mai 2020

Finanzierung: Hans-Böckler-Stiftung, ver.di

Projektbearbeiter: Dr. Klaus-Peter Buss

Neue Ansätze soziologischer Kritik Kapitalismus und Arbeit



© 2018 Campus Verlag GmbH, Frankfurt am Main

Dörre, Klaus; Mayer-Ahuja, Nicole; Sauer, Dieter; Wittke, Volker (Hrsg.) (2018): Capitalism and Labor. Towards Critical Perspectives. Frankfurt am Main/New York: Campus, 434 S., 39,95 €, Softcover ISBN 978-3-59350-897-9

[Aktualisierte englische Auflage des deutschsprachigen Bandes: *Dörre, Klaus; Sauer, Dieter; Wittke, Volker (Hrsg.) (2012): Kapitalismustheorie und Arbeit.*

Neue Ansätze soziologischer Kritik. Frankfurt am Main/New York: Campus.]

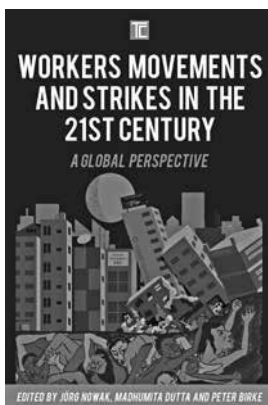
Social theory has largely abandoned a focus on ‚labor‘ and with it its empirical foundation, while the sociology of work has neglected the production of theory more generally. It is for precisely this reason that Capitalism and Labor has become standard work on this subject.

Labor and employment relations have become both increasingly diverse as well as less secure while, at the same time, labor and distributional struggles are being waged ever more fiercely. Adequately grasping these changes requires innovative impulses emerging from the analysis of capitalism, just as the sociology of work has a lot to contribute to the former.

In this translated and updated edition the authors discuss current theoretical approaches in an attempt to once again conceive capitalism and labor together.

Soziale Kämpfe im 21. Jahrhundert

Ein transnationaler Blick auf Arbeitsbeziehungen



© 2018 Rowman & Littlefield International

Nowak, Jörg; Dutta, Madhumita; Birke, Peter (Hrsg.) (2018): Workers' Movements and Strikes in the Twenty-First Century. A Global Perspective. London, New York: Rowman & Littlefield International, 322 S., Paperback 33,00 €, ISBN 978-1-7866-0404-0

Arbeiter/innenbewegung und Streiks galten lange Zeit als überholtes Phänomen. Doch im beginnenden 21. Jahrhundert

hat es in vielen Ländern und Weltregionen signifikante Arbeitskämpfe gegeben. Dabei handelt es sich nicht selten um Kämpfe, die sich mit typischen Motiven, Formen und Forderungen sozialer Bewegungen verbinden. Dies gilt etwa für die Auseinandersetzung um lokale und globale Krisen, wie sie sich als food riots oder Proteste gegen Austeritätspolitik gezeigt haben: Man denke nur an die Proteste von Arbeiter/innen in Südeuropa nach 2008, an die Generalstreiks in Griechenland oder die Streiks im spanischen Gesundheitswesen. Das vorliegende Buch enthält allerdings nicht allein Analysen über die als „typisch“ bewerteten Streikbewegungen, sondern berührt auch eher wenig rezipierte soziale Kämpfe in Ländern wie Burkina Faso, Nigeria oder Vietnam und Kämpfe von Gruppen wie den Hausarbeiterinnen in Dubai, deren Alltag bislang kaum Gegenstand wissenschaftlicher Reflexionen war.

Die Autor/innen nähern sich dem Phänomen „Arbeitskampf“ damit auf unkonventionelle Art und Weise: Mit einem sowohl subjektorientierten, ethnografischen als auch den transnationalen Vergleich und die globalen Verknüpfungen berücksichtigenden Blick. Diese Perspektive wird in einer ausführlichen Einleitung durch die Herausgeber/innen systematisiert und im Kontext der Arbeitskämpfungsforschung der vergangenen 15 Jahre verortet. Eine zentrale Frage ist, wie sich Streikbewegungen unter Krisenbedingungen „politisieren“ (oder entpolitisieren), oder mit anderen Worten, wie Streikbewegungen im Dreieck zwischen Staat, Kapital und den Organisationen der Arbeiter/innen ihre Dynamiken entfalten.

Aus diesem Grund ist das Buch auch für die Analyse von Arbeitskämpfen und anderen sozialen Konflikten in Deutschland interessant. So ist die wachsende Bedeutung staatlicher Politik und Regulierung in den vergangenen Jahren hierzulande ebenso evident, man denke nur an den Streik der Lokführer/innen, an die Kontroverse über das Tarifeinheitsgesetz oder an die Debatten um Streiks in Kitas und Krankenhäusern. Die zu beobachtenden Tendenzen – wie die Verlagerung der sichtbaren Arbeitskonflikte in den Logistik- und Sorgebereich, die sogenannte „Feminisierung“ der Arbeitskämpfe sowie die wachsende Bedeutung migrantischer Arbeit – sind zugleich „bundesdeutsch“ wie „international“ zu beobachten. Der vorliegende Sammelband ist aus dieser Sicht ein Anfang. Viele Fragen nach einer „neuen“ transnationalen Dimension von sozialem Konflikt und sozialem Wandel sind somit gerade erst gestellt worden, wie z. B. jene nach der Bedeutung von Informalisierungs- und Prekarisierungsprozessen.

Innovationsforschung Zugriff auf externes Wissen



© 2017, Universitätsverlag Göttingen, Umschlaggestaltung: Jutta Pabst

Heidenreich, Martin; Kädler, Jürgen; Mattes, Jannika (Hrsg.) (2017): Kollaborative Innovationen. Die innerbetriebliche Nutzung externer Wissensbestände in vernetzten Entwicklungsprozessen. Göttingen: Universitätsverlag Göttingen. 309 S., 26,00 €, ISBN 978-3-86395-347-8

Unternehmen greifen in Innovationsprozessen immer häufiger auf verteilte Wissensbestände

zurück, da sie nicht all die Kompetenzen intern bereithalten können, die für Innovationen erforderlich sind. Eine zentrale Frage für den Erfolg von Innovationsprozessen ist daher, wie Unternehmen den Zugriff auf externe Wissensbestände organisieren und diese für innerbetriebliche Innovationsprozesse nutzen. Lernprozesse müssen über organisatorische, räumliche, funktionale und fachdisziplinäre Grenzen hinweg organisiert werden – insbesondere in der Zusammenarbeit von wissensproduzierenden und -anwendenden Unternehmen, von Zulieferern, Kunden, unterschiedlichsten wissensbasierten Dienstleistern, Forschungs- und Entwicklungszentren und Hochschulen. Die

Beziehungen zwischen Unternehmen – Wissensproduzenten und Wissensabnehmern – können zwar entlang verschiedener Governance-Modi (Markt, Hierarchie, Netzwerk, Community) organisiert werden, doch birgt jede dieser Formen der Unternehmensbeziehungen Probleme für den Zugriff auf das externe Wissen.

Auf der Grundlage von Fallstudien, die Forscher/innen des SOFI und der Universität Oldenburg zwischen 2012 und 2016 in der IT- und der Windenergiebranche durchgeführt haben, präsentiert der Band zwar keine einfachen Lösungen, wohl aber Einsichten darüber, wie Akteure mit den aufgeworfenen Problemen umgehen. Als zentral für gelingende Kooperation wird die Fähigkeit der Akteure identifiziert, gemeinsame Deutungsschemata zu entwickeln. Dafür, dass das gelingt, boten unter den untersuchten Fällen hierarchische und gemeinschaftliche Formen der Koordination tendenziell bessere Voraussetzungen gegenüber marktformigen und Netzwerken. Als wesentlicher zusätzlicher Einflussfaktor kommt außerdem ins Spiel, ob und wie es den an der Kooperation Beteiligten gelingt, Eigentumsfragen an eingebrachtem und kooperativ erzeugtem Wissen vorab eindeutig und wirksam zu klären. Denn Eindeutigkeit auf dieser Ebene kann zusätzliche Spielräume für eher gemeinschaftliche Formen von Alltagskommunikation und -kooperation von Projektbeteiligten auf der Arbeitsebene eröffnen.

KMU im Groß- und Einzelhandel Frisst die Digitalisierung den stationären Handel?

Klaus-Peter Buss (2018): Auf dem Weg in den Handel 4.0? Digitalisierung in kleinen und mittleren Handelsunternehmen. Befunde der SOFI-Erhebung im Rahmen des Projektes „DiHa 4.0 – Digitalisierung im Handel“. SOFI Arbeitspapier/SOFI Working Paper 14. Online http://www.sofi-goettingen.de/fileadmin/user_upload/Working-Paper-Buss-14-2018.pdf

In der öffentlichen Wahrnehmung ist der Handel eine der Branchen, die von der Digitalisierung besonders stark geprägt werden: Der Onlinehandel wächst mit hohem Tempo, es gibt kaum ein Produkt, das inzwischen nicht von Amazon und Co. vertrieben wird. Auch im stationären Handel halten neue Technologien Einzug. Doch nicht jedes Unternehmen verfügt über die notwendigen Ressourcen und Kompetenzen, um diesen Wandel zu bewältigen. Gerade kleine und mittlere, inhabergeführte Läden könnten von der Digitalisierung überfordert werden. Handels-KMU machen aber noch immer den Großteil des deutschen Groß- und Einzelhandels aus. Im Rahmen des Verbundprojektes ‚DiHa 4.0 – Digitalisierung im Handel‘ hat das SOFI in 30 kleinen und mittleren Handelsbetrieben in der Region Südniedersachsen eine Studie zur Digitalisierung durchgeführt. Ziel war es, herauszufinden, wie diese KMU

mit der Digitalisierung umgehen, welche Strategien sie entwickeln, welche Probleme sie haben und in welcher Weise Aus- und Weiterbildung helfen können, diese zu bewältigen. Wie die Studie zeigt, haben viele Probleme des inhabergeführten Handels zunächst einmal wenig mit Digitalisierung zu tun. Digitalisierung droht aber, den ohnehin hohen Wettbewerbsdruck für diese KMU noch zu verschärfen. Trotzdem verfügen gerade kleine und mittlere Fachhändler über Kompetenzen und Wettbewerbsstärken, die auch durch die Digitalisierung nicht in Frage gestellt werden. Vielmehr haben klassische Kompetenzen des Fachhandels wie Kundenkommunikation und Beratung eher an Bedeutung gewonnen. Insgesamt stellt sich die Digitalisierung für die Unternehmen als schleichender Prozess dar. Für den Onlinehandel sind die Unternehmen nur begrenzt offen. Digitalisierung ist für die KMU ein Hilfsmittel, das den traditionellen Wettbewerbsstärken des Fachhandels untergeordnet bleibt. Kundenkommunikation und ‚Verkaufen können‘ bleiben die zentrale Personalanforderung.

Die Pressemitteilung zur Studie finden Sie hier: http://www.sofi-goettingen.de/fileadmin/Klaus_Peter_Buss/Material/SOFI_Presseinformation_Digitalisierung_in_kleinen_und_mittleren_Handelsunternehmen.pdf

Berufliche Bildung in den Bundesländern Gravierende Ungleichheiten



Seeber, Susan; Baethge, Martin; Baas, Meike; Richter, Maria; Busse, Robin; Michaelis, Christian (2017): Ländermonitor berufliche Bildung 2017. Leistungsfähigkeit und Chancengerechtigkeit – ein Vergleich zwischen den Bundesländern, Bielefeld: W. Bertelsmann Verlag, 44,90 €, E-Book: kostenloser Download, ISBN 978-3-7639-5936-5

Wie chancengerecht und leistungsfähig ist die berufliche Bildung in Deutschland? Anhand von Indikatoren vergleicht die Studie das gesamte Berufsausbildungssystem in Deutschland, von der dualen und vollzeitschulischen Ausbildung bis zum Übergangssystem. Die Indikatoren umfassen die Struktur des Ausbildungssystems, Ausbildungsangebot und -nachfrage, soziale Determinanten im Ausbildungszugang sowie Absolventenquoten und die Versorgung der Wirtschaft mit Fachkräften. Ein weiteres Indikatorenset zu den Rahmenbedingungen berücksichtigt Aspekte wie zum Beispiel die Bevölkerungsentwicklung, die Schulabsolventen-, die

Berufs- und die Branchenstruktur. Neben einem übergreifenden Vergleich werden in Einzelberichten zu den 16 Bundesländern die jeweils spezifischen Berufsbildungskonstellationen und ihre Rahmenbedingungen sowie die Differenzen in der Leistungsfähigkeit und der Chancengerechtigkeit dargestellt. Der Ländermonitor 2017 enthält zudem eine differenzierte Analyse des Ausbildungsgeschehens in kleinen und mittleren Unternehmen und vertiefende Analysen zum Übergangssektor, in denen insbesondere Fragen der Umsetzung von inklusiver beruflicher Bildung und der Integration von Schutz- und Asylsuchenden aufgegriffen werden.

Im Vergleich zeigen sich gravierende Ungleichheiten in der Leistungsfähigkeit der Ausbildungssysteme, woraus extreme Unterschiede in den Ausbildungschancen der Jugendlichen in und zwischen den Ländern resultieren – vor allem für Personen mit maximal Hauptschulabschluss und Migrationshintergrund. Diese Befunde aufgreifend, macht der Ländermonitor Handlungsbedarfe der Berufsbildungspolitik auf Bundes- und Landesebene sichtbar und stellt Lösungsmöglichkeiten vor. Grundlage der Studie sind statistische Daten des Bundes und der Länder, der Bundesagentur für Arbeit und des Bundesinstituts für Berufsbildung, die vom Soziologischen Forschungsinstitut Göttingen und der Professur für Wirtschaftspädagogik und Personalentwicklung der Universität Göttingen ausgewertet wurden.

Soziale Ungleichheiten Prekarität und Selbstwahrnehmung



Hense, Andrea (2018): Wahrnehmung der eigenen Prekarität. Grundlagen einer Theorie zur sozialen Erklärung von Ungleichheitswahrnehmungen. Wiesbaden: Springer VS, 321 S., Softcover: 49,99 €, E-Book: 39,99 €, ISBN 978-3-658-15990-0, E-Book: ISBN 978-3-658-15991-7

Die bisherige Forschung liefert keine theoretische Erklärung für die Auswahl sozialer Einflussfaktoren der Ungleichheits- bzw. Prekaritätswahrnehmung. Sie kann daher auch nicht begründen, warum sich manche Personen als mehr oder weniger prekär einschätzen. Die kürzlich veröffentlichte Monografie greift diese Forschungsfrage auf und verfolgt dabei zwei auf die Wahrnehmung sozialer Ungleichheiten bezogene Ziele: Auf der Theorieebene geht es um die Entwicklung eines theoretischen Modells zur Erklärung subjektiver Ungleichheitswahrnehmungen, aus dem empirisch überprüfbare Hypothesen abgeleitet werden können. Das zweite Ziel besteht in der empirischen Prüfung

dieses Erklärungsmodells und der Identifikation der sozialen Einflussfaktoren selbst wahrgenommener Beschäftigungs- und Einkommensprekarität. Die empirische Analyse stützt sich auf Panelregressionen mit Daten des sozio-oekonomischen Panels.

Das in der Monografie entwickelte theoretische Modell kombiniert Lindbergs Theorie sozialer Produktionsfunktionen mit Bourdieus Feld- und Habitusstheorie. Es leistet so eine produktions- (P), feld- (F) und habitustheoretische (H) Erklärung von Ungleichheitswahrnehmungen und wird daher als PFH-Modell bezeichnet.

Der produktionstheoretische Part erklärt die Wahrnehmung von Erwerbsprekarität mit den individuell verfügbaren Ressourcen zur Erlangung oder Substitution von Erwerbsarbeit. Die Prekaritätswahrnehmung ist demnach stärker ausgeprägt, wenn die individuellen Ressourcen zur Erlangung bzw. zum Erhalt von Erwerbsarbeit (z. B. Bildungszertifikate) weniger effizient sind. Folglich ist sie bei Geringqualifizierten, Personen in einer niedrigeren beruflichen Stellung (z. B. angelernte Arbeiter/innen, Verkäufer/innen, Sachbearbeiter/innen) und befristet Beschäftigten größer. Überdies fällt die Prekaritätswahrnehmung auch dann stärker aus, wenn es im Haushalt

oder der Herkunftsfamilie weniger Ressourcen gibt, die einen Arbeitsplatzverlust vorübergehend ausgleichen können, etwa durch andere Einkommensquellen, die den Lebensunterhalt weiterhin absichern. Somit nehmen sich diejenigen als prekärer wahr, die ein geringeres Haushaltseinkommen haben und in Haushalten mit einer geringen Erwerbsbeteiligung anderer Haushaltsmitglieder leben. Zudem schätzen sich Personen, die aus Arbeiterfamilien stammen, deutlich prekärer ein als Personen, deren Eltern Angestellte oder Beamte/innen sind.

Der feldtheoretische Part berücksichtigt die Verwertungs- und Substitutionsmöglichkeiten der Ressourcen, da ihr Wert von den aktuellen Kontext- bzw. Feldbedingungen abhängt (z. B. von Arbeitsmarktlage und wohlfahrtsstaatlicher Situation). So spielen z. B. die erzielten Bildungsabschlüsse bei einer hohen Arbeitslosigkeit eine größere Rolle als bei einer starken Nachfrage nach Arbeitskräften. Zudem werden durch die Änderung von Arbeits- und Sozialgesetzen andere Bedingungen für den Zugang zu Erwerbsarbeit oder zu substitutiven Sozialleistungen geschaffen. Empirisch zeigt sich, dass die Prekaritätswahrnehmung bei einer höheren regionalen Arbeitslosigkeit größer ist und die Arbeitsmarktsituation folglich bei der Einschätzung der individuellen Teilhabechancen eine Rolle spielt. Ferner nimmt die Wahrnehmung von Prekarität zu, wenn Arbeits- und Sozialgesetze eine geringere Absicherung vor Marktrisiken leisten und substitutive Sozialleistungen gekürzt werden, was auch als Kommodifizierung von Erwerbsarbeit bezeichnet wird. Der ‚Kommodifizierungsschock‘ ist in Ostdeutschland nach der Wiedervereinigung besonders deutlich zu beobachten.

Hinzu kommt, dass die Hartz-Gesetze und die aktivierende Arbeitsmarktpolitik als besonders prekaritätssteigernd erlebt werden.

Der habitustheoretische Part erklärt die Ungleichheitswahrnehmung mit Erfahrungen, welche kognitive Wahrnehmungsschemata prägen und dafür sorgen, dass auch frühere soziale Bedingungen einen Einfluss auf die Wahrnehmung der aktuellen Situation ausüben. So haben Personen, die in der Vergangenheit fremdbestimmte Arbeitsplatzverluste erlebt haben oder längere Zeit arbeitslos waren, eine stärker ausgeprägte Prekaritätswahrnehmung. Auch ehemalige DDR-Bürger/innen, die durch die Wiedervereinigung eine Entwertung ihrer bisherigen Erwerbsbiografie erfahren haben, nehmen sich als prekärer wahr.

Insgesamt zeigt die Monografie, dass eine ressourcenorientierte Erklärung von Ungleichheitswahrnehmungen nicht ausreicht, sondern um eine relationale und zeitliche Analyseperspektive zu ergänzen ist. Zum einen sind die veränderlichen Verwertungs- und Substitutionsmöglichkeiten der Ressourcen zu berücksichtigen. Zum anderen ist die menschliche Lernfähigkeit zu beachten, die für den weiterhin prägenden Einfluss früherer Erfahrungen sorgt.

Die Pressemitteilung zu dieser Publikation finden Sie hier: http://www.sofi-goettingen.de/fileadmin/Andrea_Hense/SOFI_Presseinformation_Was_bestimmt_wie_prekaer_ich_mich_fuehle.pdf



■ Veröffentlichungen von SOFI-Mitarbeiter/innen

Bücher (Monografien, Herausgeberschaften)

Autorengruppe Bildungsberichterstattung (Maaz, Kai; Baethge, Martin; Brugger, Pia; Rauschenbach, Thomas; Rockmann, Ulrike; Roßbach, Hans-Günther; Seeber, Susan; Wolter, André; Kühne, Stefan) (Hrsg.) (2018): Bildung in Deutschland 2018. Ein indikatorengestützter Bericht mit einer Analyse zu Wirkungen und Erträgen von Bildung. (Gefördert mit Mitteln der Ständigen Konferenz der Kultusminister der Länder in der Bundesrepublik Deutschland und des Bundesministeriums für Bildung und Forschung). Bielefeld: W. Bertelsmann Verlag. [Online verfügbar unter: DOI 10.3278/6001820fw]

Baas, Meike (2017): Hauptschule – und dann? Berufswünsche, Bildungswege

und Ausbildungschancen von Frauen und Männern. Berlin: Freie Universität.

Dörre, Klaus; Mayer-Ahuja, Nicole; Sauer, Dieter; Wittke, Volker (Hrsg.) (2018): Capitalism and Labor. Towards Critical Perspectives. Frankfurt am Main/New York: Campus.

Gabler, Andrea; Halbrodt, Michael; Wolf, Harald (Hrsg.) (2017): Cornelius Castoriadis, Ungarn 56. Die ungarische Revolution. Ausgewählte Schriften 7. Lich: Verlag Edition AV.

Goes, Thomas Eilt; Bock, Violetta (2017): Ein unanständiges Angebot? Mit linkem Populismus gegen Eliten und Rechte? Köln: PapyRossa Verlag.

Heidenreich, Martin; Kädtler, Jürgen; Mattes, Jannika (Hrsg.) (2017): Kollaborative Innovationen. Die

innerbetriebliche Nutzung externer Wissensbestände in vernetzten Entwicklungsprozessen. Göttingen: Universitätsverlag Göttingen. [Online verfügbar unter: <https://doi.org/10.17875/gup2018-1080>]

Hense, Andrea (2018): Wahrnehmung der eigenen Prekarität: Grundlagen einer Theorie zur sozialen Erklärung von Ungleichheitswahrnehmungen. Wiesbaden: Springer VS.

Hien, Wolfgang; Birke, Peter (2018): Gegen die Zerstörung von Herz und Hirn. „68“ und das Ringen um menschenwürdige Arbeit. Hamburg: VSA Verlag.

Nowak, Jörg; Dutta, Madhumita; Birke, Peter (Hrsg.) (2018): Worker's Movements and Strikes in the Twenty-First Century. A Global Perspective.

London/New York: Rowman & Littlefield. [Online verfügbar unter: https://www.rowmaninternational.com/book/workers_movements_and_strikes_in_the_twentyfirst_century/3-156-bd7b-53fe-7ab6-420c-9d0a-e485fbc3ba2b]

Seeber, Susan; Baethge, Martin; Baas, Meike; Richter, Maria; Busse, Robin; Michaelis, Christian; (unter Mitarbeit von Fritzer-Espada, Stefan und Busse, Julian) (2018): Ländermonitor berufliche Bildung 2017. Leistungsfähigkeit und Chancengerechtigkeit – ein Vergleich zwischen den Bundesländern. Bielefeld: W. Bertelsmann Verlag. [Online verfügbar unter: https://www.wbv.de/shop/themenbereiche/bildungs-und-sozialforschung/shop/detail/name/_/0/1/6004634/facet/6004634////////nb/0/category/213.html]

Aufsätze

Apitzsch, Birgit (2018): Ausbeutung, Zwang – und informalisierte Arbeit? Risiken grenzüberschreitender Arbeit im Fokus internationaler, nationaler und lokaler Regulierung. In: Quack, Sigrid; Schulz-Schaeffer, Ingo; Shire, Karen; Weiß, Anja (Hrsg.): Transnationalisierung der Arbeit. Wiesbaden: Springer Fachmedien, S.211–251.

Apitzsch, Birgit (2017): Zwischen Traumberuf und ungewisser Zukunft. Projektarbeitsmärkte in der Film- und Fernsehindustrie. In: KM Magazin 119 Jg., Februar 2017, S.34–37. [online verfügbar unter: https://www.kulturmanagement.net/frontend/media/Magazin_Upload/km1702.pdf]

Baethge-Kinsky, Volker; Marquardsen, Kai; Tullius, Knut (2018): Perspektiven industrieller Instandhaltungsarbeit. In: Schwerpunktheft WSI-Mitteilungen, Jg. 71, Heft 3/2018, S.174–181.

Bartelheimer, Peter; Drosdowski, Thomas; Stöver, Britta; Tyrell, Marcel; Wolter, Marc Ingo (2017): Das Potenzial für Teilhabe – Spielräume und Risiken. In: Berichterstattung, Forschungsverbund Sozioökonomische (Hrsg.): Berichterstattung zur sozioökonomischen Entwicklung in Deutschland. Exklusive Teilhabe – ungenutzte Chancen.

Dritter Bericht. Bielefeld: W. Bertelsmann Verlag. [Online verfügbar unter: Doi: 10.3278/6004498w001]

Birke, Peter (2018): The Strike Wave of 2015 in Germany. In: Nowak, Jörg; Dutta, Madhumita; Birke, Peter (Hrsg.): Worker's Movements and Strikes in the Twenty-First Century. A Global Perspective. London/New York: Rowman & Littlefield, S.223–238.

Birke, Peter (2017): Leitrezension zu: Stadtpolitik im „Postfordismus“. In: Moderne Stadtgeschichte, Institut für Urbanistik, Berlin, Heft 2/2017.



Buss, Klaus-Peter (2017): Von Trittbrettfahrern, Bauern und Tigern – Kooperationen, Netzwerke und Technologieplattformen in Innovationsprojekten der IT-Industrie. In: Heidenreich, Martin; Kädtler, Jürgen; Mattes, Jannika (Hrsg.): Kollaborative Innovationen. Die innerbetriebliche Nutzung externer Wissensbestände in vernetzten Entwicklungsprozessen. Göttingen: Universitätsverlag Göttingen, S.149–212.

Buss, Klaus-Peter; Ortiz, André (2017): Im Schatten des Marktes: Mikrologiken marktlicher Governance in kollaborativen Innovationsprojekten in der Softwareentwicklung und der Entwicklung von Windenergieanlagen. In: Heidenreich, Martin; Kädtler, Jürgen; Mattes, Jannika (Hrsg.): Kollaborative Innovationen. Die innerbetriebliche Nutzung externer Wissensbestände in vernetzten Entwicklungsprozessen. Göttingen: Universitätsverlag Göttingen, S.57–91.

Dörre, Klaus; Mayer-Ahuja, Nicole; Sauer, Dieter (2018): Introduction. Theorizing Capitalism and Labor: Challenges for Sociology. In: Dörre, Klaus; Mayer-Ahuja, Nicole; Sauer, Dieter; Wittke, Volker (Hrsg.): Capitalism and Labor. Towards Critical

Perspectives. Frankfurt am Main/New York: Campus, S.11–32.

Dörre, Klaus; Mayer-Ahuja, Nicole; Sauer, Dieter (2018): In Lieu of a Conclusion: Towards Critical Perspectives. In: Dörre, Klaus; Mayer-Ahuja, Nicole; Sauer, Dieter; Wittke, Volker (Hrsg.): Capitalism and Labor. Towards Critical Perspectives. Frankfurt am Main/New York: Campus, S.415–426.

Faust, Michael (2017): Julie Froud, Sukhdev Johal, Adam Leaver und Karel Williams: Financialization and Strategy. In: Kraemer, Klaus; Brugger, Florian (Hrsg.): Schlüsselwerke der Wirtschaftssoziologie. Wiesbaden: Springer VS, S.421–429.

Faust, Michael; Thamm, Lukas (2017): Wie viel „Finanzmarktkapitalismus“ gibt es in Deutschland? In: Berichterstattung, Forschungsverbund Sozioökonomische (Hrsg.): Berichterstattung zur sozioökonomischen Entwicklung in Deutschland. Exklusive Teilhabe – ungenutzte Chancen. Dritter Bericht. Bielefeld: W. Bertelsmann Verlag. [Online verfügbar unter: DOI 10.3278/6004498w006]

Feuerstein, Patrick; Hanekop, Heidemarie (2017): Wissenstransfer in betriebsübergreifenden Innovationsprozessen durch Open Source Communities. In: Heidenreich, Martin; Kädtler, Jürgen; Mattes, Jannika (Hrsg.): Kollaborative Innovationen. Die innerbetriebliche Nutzung externer Wissensbestände in vernetzten Entwicklungsprozessen. Göttingen: Universitätsverlag Göttingen, S.213–251.

Gabler, Andrea; Wolf, Harald (2017): Vorwort. In: Gabler, Andrea; Halfbrodt, Michael; Wolf, Harald (Hrsg.): Cornelius Castoriadis, Ungarn 56 | Die ungarische Revolution. Ausgewählte Schriften 7. Lich: Verlag Edition AV.

Goes, Thomas Eilt (2017): Von Klassen, die kämpfen. Die ‚Produktion des Kapitals‘ konflikttheoretisch gelesen. In: Schmidt, Ingo (Hrsg.): Das Kapital@150, Die russische Revolution@100. „Das Kapital“ und die Revolutionen gegen „Das Kapital“. Hamburg: VSA, S.228–262.

Grimm, Natalie (2018): Statusakrobatik. Biografische Bearbeitungsweisen von Prekarisierungsprozessen. In: Bruder, Klaus-Jürgen; Bialluch, Christoph; Günther, Jürgen (Hrsg.): Gesellschaftliche Spaltungen. Zur Wahrnehmung von Ungleichheit und Ungerechtigkeit in Politik und Gesellschaft. Gießen: Psychosozial-Verlag, S. 109–118.

Hanekop, Heidemarie; Feuerstein, Patrick (2017): Koordination überbetrieblicher Wissensproduktion – Zum Spannungsverhältnis zwischen Unternehmen und Communities in Open-Source-Projekten mit Unternehmensbeteiligung. In: Arbeit (Zeitschrift für Arbeitsforschung, Arbeitsgestaltung und Arbeitspolitik), Jg. 26(1), S. 111–136.

Hanekop, Heidemarie; Feuerstein, Patrick (2017): Öffnung und Schließung von Innovationsprozessen in Open Source Projekten mit Unternehmensbeteiligung. In: Lessenich, Stephan (Hrsg.): Geschlossene Gesellschaften. Verhandlungen des 38. Kongresses der Deutschen Gesellschaft für Soziologie in Bamberg 2016. Online Publikation. http://publikationen.sozioologie.de/index.php/kongressband_2016/article/view/697

Heil, Barbara; Wolf, Harald (2017): Arbeiterbewusstsein. In: Hirsch-Kreinsen, Hartmut; Minssen, Heiner (Hrsg.): Lexikon der Arbeits- und Industriesoziologie. 2. Auflage. Baden-Baden: Nomos, S. 39–41.

Kädtler, Jürgen (2018): Finanzmärkte und Finanzialisierung. In: Böhle, Fritz; Voß, G. Günter; Wachtler, Günther (Hrsg.): Handbuch Arbeitssoziologie. Band 2: Akteure und Institutionen. 2. Auflage. Wiesbaden: Springer VS, S. 299–322.

Kädtler, Jürgen (2018): Financial Market Capitalism or Financial Market Rationality? In: Dörre, Klaus; Mayer-Ahuja, Nicole; Sauer, Dieter; Wittke, Volker (Hrsg.): Capitalism and Labor. Towards Critical Perspectives. Frankfurt am Main/New York: Campus, S. 185–200.

Kädtler, Jürgen; Feuerstein, Patrick (2017): Governancemechanismen und Kollaborationsressourcen

in überbetrieblichen Innovationsprozessen. In: Heidenreich, Martin; Kädtler, Jürgen; Mattes, Jannika (Hrsg.): Kollaborative Innovationen. Die innerbetriebliche Nutzung externer Wissensbestände in vernetzten Entwicklungsprozessen. Göttingen: Universitätsverlag Göttingen, S. 283–309.

Kalkowski, Peter (2017): Projekte (Projektarbeit, Projektmanagement). In: Hirsch-Kreinsen, Hartmut; Minssen, Heiner (Hrsg.): Lexikon der Arbeits- und Industriesoziologie, 2. Aufl. Baden-Baden: Nomos Verlagsgesellschaft, S. 262–265.



Kuhlmann, Martin; Splett, Barbara; Wiegrefe, Sascha (2018): Montagearbeit 4.0? Eine Fallstudie zu Arbeitswirkungen und Gestaltungsperspektiven digitaler Werkerführung. In: WSI-Mitteilungen, Jg. 71, Nr. 3, S. 182–188.

Mautz, Rüdiger (2017): Der Kampf um die postfossile Energiewende. In: Brand, Karl-Werner (Hrsg.): Die sozial-ökologische Transformation der Welt. Ein Handbuch. Frankfurt am Main: Campus, S. 189–214.

Mayer-Ahuja, Nicole (2018): Labor, Insecurity, Informality. In: Dörre, Klaus; Mayer-Ahuja, Nicole; Sauer, Dieter; Wittke, Volker (Hrsg.): Capitalism and Labor. Towards Critical Perspectives. Frankfurt am Main/New York: Campus, S. 257–268.

Mayer-Ahuja, Nicole; Feuerstein, Patrick (2017): Neue Sektoren, Kreativwirtschaft, Informationstechnik. In: Hirsch-Kreinsen, Hartmut; Minssen, Heiner (Hrsg.): Lexikon der Arbeits- und Industriesoziologie, 2. Aufl. Baden-Baden: Nomos Verlagsgesellschaft, S. 240–243.

Mickler, Otfried (2017): Ingenieursarbeit In: Hirsch-Kreinsen, Hartmut; Minssen, Heiner (Hrsg.): Lexikon der Arbeits- und

Industriesoziologie, 2. Aufl. Baden-Baden: Nomos Verlagsgesellschaft, S. 190–193.

Nowak, Jörg; Dutta, Madhumita; Birke, Peter (2018): Introduction: The New Upsurge of Strikes – Tendencies, Challenges and Limits. In: Nowak, Jörg; Dutta, Madhumita; Birke, Peter (Hrsg.): Worker's Movements and Strikes in the Twenty-First Century. A Global Perspective. London/New York: Rowman & Littlefield, S. 1–20.

Pohn-Weidinger, Axel; Weißmann, Marieliese (2017): L'appropriation de la loi 2014 dans une usine automobile. In: Sociologies Pratiques, Jg. 35, Heft 2 (N° 35), S. 95–104.

Richter, Maria; Baethge, Martin (2017): Die Schaffung eines neuen Bildungsraums: Der Übergangssektor. In: DDS – Die Deutsche Schule, Jg. 109, Heft 4/2017, S. 291–307.

Ruiner, Caroline; Apitzsch, Birgit; Hagemann, Vera; Salloch, Sabine; Schons, Laura M.; Wilkesmann, Maximiliane (2017): Locum Doctors – Curse or Blessing for Hospitals? In: International Journal of Employment Studies, Jg. 25(2), S. 61–82. [Online verfügbar unter: <https://search.informit.org/browsePublication;py=2017;vol=25;res=IEL-BUS;issn=1039-6993;iss=2>]

Ruiner, Caroline; Apitzsch, Birgit; Wilkesmann, Maximiliane (2017): Hoch qualifizierte Solo-Selbstständige in IT und Medizin. In: Bührmann, Andrea D.; Fachinger, Uwe; Welskop-Deffaa, Eva M. (Hrsg.): Hybride Erwerbsformen. Digitalisierung, Diversität und sozialpolitische Gestaltungsoptionen. Wiesbaden: Springer VS, S. 189–211.

Ruiner, Caroline; Wilkesmann, Maximiliane; Apitzsch, Birgit (2017): Voice through exit: Changing working conditions by independent contractors' participation. In: Economic and Industrial Democracy, Online first. [Online verfügbar unter: <https://doi.org/10.1177/0143831X17738041>]

Salloch, Sabine; Apitzsch, Birgit; Wilkesmann, Maximiliane; Ruiner, Caroline (2018): Locum physicians' professional

ethos: a qualitative interview study from Germany. In: BMC Health Services Research Jg. 18 (1), S. 333. [Online verfügbar unter: <https://doi.org/10.1186/s12913-018-3118-6>]

Söhn, Janina (2017): Die institutionelle Bewertung von Erwerbsbiographien durch die Gesetzliche Rentenversicherung und die finanziellen Konsequenzen Längsschnittanalysen zu Zugewanderten in Deutschland. In: Zeitschrift für Biographieforschung, Oral History und Lebensverlaufsanalysen. Jg. 29, Heft 1/2016 (Nov. 17), S. 94–116.

Söhn, Janina; Mika, Tatjana (2017): Wie das Rentensystem Erwerbsbiographien würdigt. In: Berichterstattung, Forschungsverbund Sozioökonomische Entwicklung in Deutschland. Exklusive Teilhabe – ungenutzte Chancen. Dritter Bericht. Bielefeld: W. Bertelsmann Verlag, S. 1–44. [Online verfügbar unter: DOI 10.3278/6004498w016]

Vogel, Berthold (2018): Wir alle werden künftig rascher von gestern sein. In: Roboter – Assistenz-Systeme – Künstliche Intelligenz. Neue Formen der Mensch-Maschine-Interaktion, S. 65–66.

Vogel, Berthold (2018): Staatliche Regulierung von Arbeit. In: Böhle, Fritz; Voß, G. Günter; Wachtler, Günther (Hrsg.): Handbuch Arbeitssoziologie. Band 2: Akteure und Institutionen. 2. Auflage. Wiesbaden: Springer VS, S. 683–700.

Vogel, Berthold (2018): Klamme Kommunen und der Wert öffentlicher Güter. In: Emunds, Bernhard; Czingon, Claudia; Wolff, Michael (Hrsg.): Stadtluft macht reich/arm. Stadtentwicklung, soziale Ungleichheit und Raumgerechtigkeit. Die Wirtschaft der Gesellschaft. Jahrbuch 4. Marburg: Metropolis Verlag, S. 277–296.

Vogel, Berthold (2017): Mehr Nostalgie wagen!? Rezension zu: Reckwitz, Andreas: Die Gesellschaft der Singularitäten. Zum Strukturwandel der Moderne. In: Soziopolis.

Vogel, Berthold (2017): Öffentlicher Dienst und sein Personal. In: Der Personalrat. Personalrecht im öffentlichen Dienst, Heft 12/2017, S. 8–11.

Wolf, Harald (2018): Eine Edition in Progress – Castoriadis auf Deutsch. In: Im Labyrinth – Hefte für Autonomie 1 (1), S. 73–86.

Wolf, Harald (2018): Capitalist Work Organization and Self-activity. In: Dörre, Klaus; Mayer-Ahuja, Nicole; Sauer, Dieter; Wittke, Volker (Hrsg.): Capitalism and Labor. Towards Critical Perspectives. Frankfurt am Main/New York: Campus, S. 302–317.

Wolf, Harald (2018): Auf der Suche nach der fragmentierten Arbeit. Über produktive Irritationen im Sekundäranalyselabor. In: Arbeits- und Industriesoziologische Studien, Jg. 11, Heft 1, S. 76–90.

Studien, Forschungsberichte, Working Papers

Buss, Klaus-Peter (2018): Auf dem Weg in den Handel 4.0? Digitalisierung in kleinen und mittleren Handelsunternehmen. Befunde der SOFI-Erhebung im Rahmen des Projektes „DiHa 4.0 – Digitalisierung im Handel“. SOFI Arbeitspapier/SOFI Working Paper, Jg. 2018-14. [Online verfügbar unter: http://www.sofi-goettingen.de/fileadmin/user_upload/Working-Paper-Buss-14-2018.pdf]

Buss, Klaus-Peter (2017): Branchenanalyse Hafengewirtschaft. Entwicklungslinien des Hafenwettbewerbs und Herausforderungen der öffentlichen Akteure. Bericht für die Hans-Böckler-Stiftung. Göttingen.

Gehrke, Birgit; John, Katrin; Kerst, Christian; Wieck, Markus; Sanders, Sandra; Winkelmann, Gert (2017): Bildung und Qualifikation als Grundlage der technologischen Leistungsfähigkeit Deutschlands 2017. Studien zum deutschen Innovationssystem In: EFI, Nr. 1-2017. [Online verfügbar unter: https://www.e-fi.de/fileadmin/Innovationsstudien_2017/StuDIS_01_2017.pdf]

Mautz, Rüdiger (2016): Social disinvestment and vulnerable groups in Europe in the aftermath of the financial crisis: the case of long-term unemployed people in Germany. Göttingen: SOFI/Leuven HIVA (Ku Leuven). [Online verfügbar unter: <http://www.re-invest.eu>]

images/docs/reports/D3.1_-_National_Report_Germany.pdf

Schumann, Michael (2018): Was die Autoren veranlasste. In: Schumann, Michael; Gottschall, Karin; Sauer Dieter; Dörre, Klaus: Zeitenwende. Ehrenkolloquium für Michael Schumann zum 80. Geburtstag. Mit einführenden Worten von Berthold Vogel. SOFI Working Paper, Jg. 2018-12, S. 7–10. [Online verfügbar unter: http://www.sofi-goettingen.de/fileadmin/user_upload/WorkingPaper_2018-12-Gesamt-Homepage.pdf]

Schumann, Michael; Gottschall, Karin; Sauer, Dieter; Dörre, Klaus (2018): Zeitenwende. Ehrenkolloquium für Michael Schumann zum 80. Geburtstag. Mit einführenden Worten von Berthold Vogel. SOFI Working Paper Jg. 2018-12 [Online verfügbar unter: http://www.sofi-goettingen.de/fileadmin/user_upload/WorkingPaper_2018-12-Gesamt-Homepage.pdf]

Söhn, Janina (2018): Is it time for a change? A literature review on occupational mobility among older workers in Germany and the USA. SOFI Arbeitspapier/SOFI-Working Paper, Jg. 2018-1. [Online verfügbar unter: http://sofi.uni-goettingen.de/fileadmin/user_upload/SOFI-WP_Occupational_mobility_Soehn_2018-1_01.pdf]

Tagungsberichte

Söhn, Janina; Höfler, Leif Jannis; Jorek, Susanna; Pommerien, Lisa (2017): Tagungsbericht „Sektion Migration und ethnische Minderheiten. The Sociology of Migration: Current Developments and Future Trends“. In: Soziologie, Heft 2, S. 211–213.

Stieber, Thomas (2018): Arbeit und Gesellschaft. Bericht von der Jubiläumskonferenz „Polarisierung(en). Zur Zukunft von Arbeit, Unternehmen und Gesellschaft“ des Soziologischen Forschungsinstituts Göttingen (SOFI) e.V. am 24. und 25. Mai 2018. In: Soziopolis.

Publizistische Beiträge

Vogel, Berthold (2018): Was Sozialforschung heute leisten muss! Eine programmatische Skizze. In: Soziopolis.

Veranstungshinweis LABOR.A 2018

Als Programmpartner wird das SOFI am 13. September an der Hans-Böckler-Veranstaltung

„LABOR.A 2018 – Plattform „Arbeit der Zukunft“

im Café Moskau in Berlin teilnehmen. Wir werden mit verschiedenen SOFI-Projekten vertreten sein und uns beim „Markt der Möglichkeiten“ zum Thema „Erzählungen zur Arbeitswelt der Zukunft“ präsentieren sowie eine Fishbowl-Session zum Thema „Humanisierung der Arbeit“ ausrichten.

Nähere Informationen zur Veranstaltung finden Sie unter: https://www.boeckler.de/veranstaltung_114419.htm.

Impressum

Die Mitteilungen aus dem SOFI erscheinen zwei- bis dreimal im Jahr.

Herausgeber:

Soziologisches Forschungsinstitut
Göttingen (SOFI) an der Georg-August-
Universität

Friedländer Weg 31
37085 Göttingen
www.sofi.uni-goettingen.de

Kontakt:

Dr. Jennifer Villarama
Kommunikation und Koordination
Tel. +49 (0) 551-52205-19
E-Mail: kommunikation@sofi.uni-goettingen.de

Redaktion:

Klaus-Peter Buss, Jürgen Kädtler,
Rüdiger Mautz, Stefan Rüb, Jennifer
Villarama, Berthold Vogel

V. i. S. d. P.:

Berthold Vogel

Satz:

Jochen Ebert, Geschichte und
Gestaltung, Kassel

Druck:

Druckerei Wittchen GmbH, Nörten-
Hardenberg

Fotos:

Bei allen Abbildungen befindet sich der
Nachweis am Bild.

Die Mitteilungen aus dem SOFI sind auf der Website des SOFI (www.sofi.uni-goettingen.de) als PDF-Download erhältlich und können online abonniert werden. Archiv der Mitteilungen: www.sofi-goettingen.de/institutszeitschrift/ueber-die-mitteilungen-aus-dem-sofi/.

Personalia

Prof. Dr. Martin Baethge ist Anfang Januar 2018 im Alter von 78 Jahren unerwartet verstorben. Martin Baethge war bis 2004 Professor für Soziologie an der Georg-August-Universität Göttingen sowie seit Ende der 1960er-Jahre Mitbegründer, Direktor und bis zu seinem Tod Präsident des SOFI. Mit seinen bildungssoziologischen Arbeiten hat er wissenschaftliche wie politische Debatten jahrzehntelang maßgeblich mit geprägt. Insbesondere in den letzten zwei Jahrzehnten war er fest im Forschungsverbund der nationalen Bildungsberichterstattung verankert. Das SOFI ist Martin Baethge zu großem Dank verpflichtet. Seine Verlässlichkeit, seine intellektuelle Kraft und wissenschaftliche Kreativität wird dem Institut stets in sehr guter Erinnerung bleiben.

Dr. Klaus-Peter Buss ist seit 2018 Mitglied des Expertenforums „Aus- und Weiterbildung in der Wirtschaft 4.0“ des Südniedersachsenprogramms. Das Gremium begleitet das gemeinsam mit der VHS Göttingen Osterode und der Gesellschaft für Wirtschaftsförderung und Stadtentwicklung Göttingen (GWG) durchgeführte Verbundprojekt „DiHa 4.0 - Digitalisierung im Handel“.

Barbara Dehne ist im letzten Jahr nach 23 Jahren als Mitarbeiterin des Sekretariats in den Ruhestand gegangen. Wir danken Bärbel noch einmal herzlich für ihre engagierte Arbeit und Kollegialität und wünschen ihr für die Zukunft alles erdenklich Gute.

M.A. Hinrich Gehrken ist seit 1. April 2018 Mitarbeiter am SOFI. Er arbeitet im Projekt „Arbeitswelt 4.0 - Problemlagen digitalisierter Arbeit und Herausforderungen für das betriebliche Gesundheitsmanagement“, das bis zum Jahr 2021 von der AOK Niedersachsen gefördert wird.

Dr. Natalie Grimm hat im Juni 2018 den Georg-Forster-Preis der Universitätsgesellschaft Kassel für ihre Dissertation „Statusakrobatik. Biografische Verarbeitungsmuster von Statusinkonsistenzen im Erwerbsverlauf“ erhalten. Zu dieser Auszeichnung gratulieren wir unserer Kollegin noch einmal herzlich!

Dr. Kai Marquardsen hat im Sommersemester 2018 die Professur für Armut und soziale Ungleichheit im Kontext der Sozialen Arbeit an der Fachhochschule Kiel angetreten. Er war von 2013 bis 2018 Mitarbeiter in verschiedenen SOFI-Projekten wie z. B. im Projekt „Evaluation der bundesweiten Inanspruchnahme und Umsetzung der Leistungen für Bildung und Teilhabe“. Wir danken Kai Marquardsen für sein großes Engagement und wünschen ihm weiterhin alles erdenklich Gute.

Ulrich Voskamp ist im Juni 2018 in den Ruhestand gegangen. Geforscht hat er zu arbeits- und industriesoziologischen Themen. Seine besonderen Forschungsschwerpunkte der letzten Jahre waren die Entwicklung transnationaler Produktionssysteme sowie die Veränderungen der industriellen Beziehungen unter dem Einfluss der Globalisierung. Ulrich Voskamp war 37 Jahre Mitarbeiter am SOFI und hat in vielen verschiedenen Projekten mitgearbeitet. Als engagierter Kollege und Forscher hat er über Jahrzehnte hinweg der Arbeit im Institut wichtige Impulse gegeben. Wir wünschen ihm für seinen neuen Lebensabschnitt alles Gute und hoffen, auch in Zukunft auf seine reiche Expertise zurückgreifen zu können.

Komplexe Dynamiken globaler und lokaler Entwicklungen
Das SOFI auf dem 39. Kongress der
Deutschen Gesellschaft für Soziologie
 am 24.–28.09.2018 an der Georg-August-Universität Göttingen

Dienstag, 25.09.2018

9.00–12.00 Uhr

Plenum 4: „Soziale Ungleichheiten – Von lokal bis global“, ZHG 010

Berthold Vogel (Vortrag): „Die Vermessung der Verluste. Lokale Manifestationen globaler Ungleichheitserfahrungen“

14.15–17.00 Uhr

Sektion Arbeits- und Industriesoziologie: „Erosion der Facharbeit? Veränderungen von Fachlichkeit und Beruflichkeit im Kontext von technologischem Wandel, Akademisierung und Globalisierung“, ZHG 101

Volker Baethge Kinsky; Knut Tullius (Vortrag): „Transformation im Kontext der Digitalisierung? Zur Zukunft der Facharbeit“

Sektion Methoden der qualitativen Sozialforschung – Wandel des Sozialen als Gegenstand qualitativer Sozialforschung Teil 1, ZHG 102

Milena Prekodravac (Vortrag): Grenzen und Scharniere: Bildungsbiografien zugewanderter Erwachsener in Bildung

Mittwoch, 26.09.2018

9.00–11.45 Uhr

Sektion Bildung- und Erziehung: „Bildung im Kontext von Flucht und Zwangsmigration – was wissen wir (nicht)?“, ZHG 105

Janina Söhn; Milena Prekodravac (Vortrag): „Ich weiß alles, kann aber nicht arbeiten“ – Bildungsmobilität Geflüchteter und anderer Zugewanderter aus quantitativer und qualitativer Perspektive

Ad-Hoc Gruppe „Lebenszusammenhänge und Ungleichheiten erforschen – Methode und Praxis von Paar-, Familien- und Haushaltsinterviews“, VG 3.104

Organisation: Natalie Grimm (SOFI); Berthold Vogel (SOFI); Mona Motakef (HU Berlin); Christine Wimbauer (HU Berlin)

Berthold Vogel (Einführung, Moderation)

Natalie Grimm (Vortrag): „Prekarität als kollektive Herausforderung im Haushaltskontext“

14.15–17.00 Uhr

Ad-Hoc Gruppe „Informelle Arbeit zwischen Staat und Kapital: auf dem Weg zu transnationalen Perspektiven“, VG 3.104

Organisation: Peter Birke (Universität Göttingen); Felix Bluhm (SOFI); Nicole Mayer-Ahuja (Universität Göttingen/SOFI); Janos Mertin (SOFI)

Ad-Hoc Gruppe „Zur Aktualität der Soziologie Hans Paul Bahrdts“, OEC 0.169

Berthold Vogel (Vortrag): „Keine Fliegenbeine zählen!“

Donnerstag, 27.09.2018

14.15–17.00 Uhr

Ad-Hoc Gruppe „Profession, Staat und Öffentlichkeit – Herausforderungen in ortsgebundenen und grenzübergreifenden Interaktionen“, VG 2.102

Organisation: Birgit Apitzsch (SOFI); Berthold Vogel (SOFI) Berthold Vogel (Einführung, Moderation)

Birgit Apitzsch (Vortrag): „Charisma, Macht und Verantwortung – juristisches Amtsethos in der ordentlichen Gerichtsbarkeit“

18.00–20.00 Uhr

Sonderveranstaltung „Wie wir arbeiten werden. Was heißt ‚Arbeit‘ und wer ist ‚wir‘?“ Eine Debatte zum 50-jährigen Jubiläum des SOFI, ZHG 009

Organisation: Nicole Mayer-Ahuja (Universität Göttingen/SOFI); Berthold Vogel (SOFI); Martin Kuhlmann (SOFI)

Diskussionsrunde:

Berthold Vogel (SOFI, Moderation)
 Kerstin Jürgens (Soziologin, Universität Kassel)
 Lutz Raphael (Historiker, Universität Trier)
 Rüdiger Krause (Arbeitsjurist, Universität Göttingen)
 Martin Kuhlmann (SOFI)
 Nicole Mayer-Ahuja (Universität Göttingen/SOFI)

Freitag, 28.09.2018

9.00–11.45 Uhr

Sektion Sozialpolitik: Forum sozialpolitischer Forschung, ZHG 102

René Lehweß-Litzmann (Vortrag): „Wirken ‚großzügige‘ Sozialleistungen lähmend oder befähigend? Oder einfach nur schützend?“

Ad-Hoc Gruppe „Arbeit nach dem Fordismus: Potentiale und Probleme qualitativer sekundäranalytischer Forschung“, VG 4.101

Organisation: Wolfgang Dunkel (ISF München); Nicole Mayer-Ahuja (Universität Göttingen/SOFI)

Peter Birke (Universität Göttingen); Nicole Mayer-Ahuja (Universität Göttingen/SOFI) (Vortrag): „Geht nicht – bringt nichts? Ein neuer Blick auf alltägliche Arbeitserfahrung und Labour Unrest seit den 1990er-Jahren auf Basis der Sekundäranalyse arbeitssoziologischen Materials“

Thomas Goes (Vortrag): „Von Befreiung, Bewährungsproben und Wettbewerbsbündnissen. Rationalisierung und Arbeitsbeziehungen in der deutschen Autoindustrie zwischen 1980 und 2000“

Ad-Hoc Gruppe „Komparative Wirtschaftssoziologie – Aktueller Stand und zukünftige Perspektiven eines Forschungsprogramms“, VG. 3.105

Michael Faust (Vortrag): „Transnationale Komparatistik jenseits einer Container-Vorstellung nationaler Wirtschaftsordnungen“